# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 110. Samstag, 29. Oktober 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*


Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 110. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.






# SCHWEIN GEHABT!

## HOPPLA, WIR LEBEN.

**Die Virusseuche war eine Lüge. Jetzt müssen wir nur noch die Nato überleben, den Injektionsterror mit genozidhaften Auswirkungen, die Zerstörung der zivilen Erdgasleitungen in der Ostsee durch die USA und »5G« mit dem Elend der totalitären »Digitalisierung«.**

Gute Nachrichten: Deutschland und die Welt stehen auf gegen den umfassendsten Angriff gegen das Menschsein!

➔ Seiten 2 bis 15

**POLITISCHER GEFANGENER**

Er gilt als eine Art deutscher John Lennon. Der Bürgerrechtler und Entwickler des »Freedom Phones« Michael Ballweg. Am 29. Juni 2022 wird er zuhause abgeholt und in die JVA Stammheim gebracht, dort seit über einem Vierteljahr illegal vom Terrorregime festgehalten.

Die Demokratiebewegung wächst.

➔ Seiten 6 und 7

15 **TSCHÜSS, PROPAGANDA!** *Diese Wochenzeitung gibts im* **ABO!**

3 **EX-PFIZER-CHEF:** Zwölf Corona-Lügen aufgedeckt

9 **FINANZAUSSTEIGER ERNST WOLFF:** Digitales Zentralbankgeld abwehren!

6

# NICHTOHNEUNS.DE

# Merci, notre Général!

***Preis der Republik geht an Général Christian Blanchon.*** | LAUDATIO von Anselm Lenz

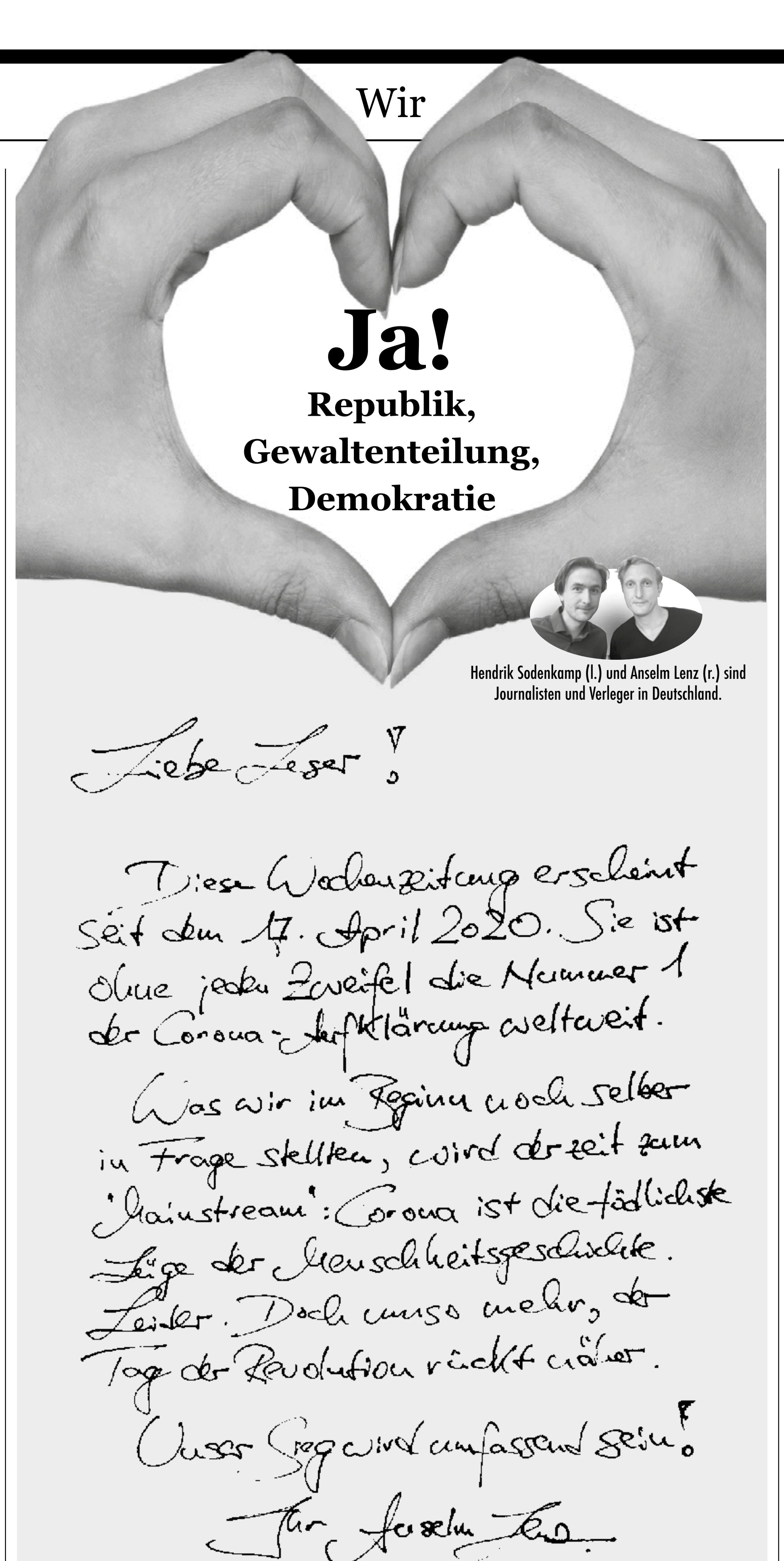


**»Ich habe vierzig Jahre lang im Verteidigungsministerium gearbeitet und hatte eine vierzig Jahre lange Karriere bei den Fallschirmjägern, leitete Militärschulen«, so General Christian Blanchon im Gespräch mit dem französischen Oppositionellen Florian Philippot.**

Nach seiner ehrenhaften Entlassung beim Militär ging Blanchon nach Afrika, um dort bei privaten Sicherheitsfirmen zu arbeiten, die Goldminen und Hotels mit Agenten bewache. Wie Blanchon einräumt, »weil mir langweilig war«. Zum Schluss seiner Karriere habe er quasi auf eine ganze Weltreise zurückgeblickt und auch erfahren, »wie auf Frankreich von außen geblickt wird«. Das habe ihn durchaus verändert. Zwar ist die Auszeichnung eines hohen Militärs in der Gegenwart mit einem Preis für Zivilcourage ein heikles Unterfangen und auch Blanchot beklagt die französische Abrüstung vom Beginn seiner Karriere in den 1980er Jahren mit rund 750.000 Kameraden im französischen Militärdienst auf heute noch rund 250.000. Doch die Stärke Blanchots besteht in seinem klaren Bekenntnis zu fundamentalen Werten der Republik, des Menschenrechts, der Grundrechte und der Demokratie. Ähnlich der historischen Dreyfus-Affäre plädierte Blanchot mit einem wundervollen Offenen Brief an den Widerstand auf die Rehablilitation der Injektionsverweigerer und standhaften Corona-Kritiker und nimmt auch auf den ehrenhaften Widerstand in der BRD seit 28. März 2020 Bezug (Seite 14 dieser Ausgabe). Blanchon hat damit das in seiner Person an den Tag gelegt, was die Welt einmal an der Französischen Republik bewunderte und viele Menschen in Deutschland an den Franzosen noch immer – hoffnungsvoll – bewundern. – *Vive l'amitié franco-allemande, la véritable amitié entre les peuples!*

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Général Christian Blanchon. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler.




Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.



# Promis

EINWURF *von Werner Köhne*

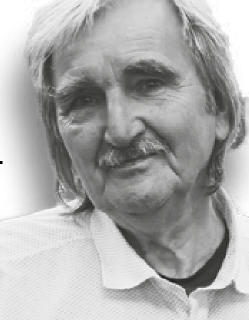
**Wer hat sie nicht gerne als Geltungsträger dabei, die Prominenten? Sie sind die Gewinner auf dem Markt der Aufmerksamkeiten und Eitelkeiten.**

Einst in den 1980er Jahren traten sie via TV ans Licht der Öffentlichkeit, bestimmten diese Öffentlichkeit indes auch selbst mit. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen, lösten dabei die altvorderen Phänotypen, die Persönlichkeiten, Würdenträger und Berühmtheiten ab, wobei ihre Hervorgehobenheit aus der Masse allein auf Auffälligkeiten basierte. Der Ritterschlag für die Prominenten erfolgte nicht in Folge von Leistung, sondern durch den puren Nachweis ihrer Bekanntheit. So entstand eine neue Schicht, zu der man sowohl den Papst als auch Herbert Grönemeyer zählen kann.

Schon früh sorgten dann die Grünen in dieser Angelegenheit für einen gewaltigen Schub. Dafür stand vor allem ein gewisser Joschka, der erste Prominente, der den »Realo« spielte, während andere den »Fundi« gaben – all dies äußerst gefährliche Verniedlichungen, aus denen dann der »Promi« erwuchs. So laufen die Dinge manchmal – und seither wird auch überwiegend von Promis geredet und nicht von Prominenten.

Diese leisten aktuelle Schwerstarbeit für die Infantilisierung des öffentlichen Raums: Sie kommen als Bergdoktor oder Gedächtnisakrobaten in die TV-Quizsendungen und peppen sich da auf. Fast alle spielen mit. Sie müssen indes damit rechnen, dass inzwischen das Netz andere Celebrities erschafft: die Blogger, die Youtuber und die Influencer – die mit ihrer Bekanntheit fast wieder Botschaften liefern: für keimfreies Wollstricken, Seelenwanderung und tiefe Wahrheiten. Kritisch wird es, wenn selbst die ansonsten demokratisch auftretende Gegenöffentlichkeit mit Promis hausieren geht. Da bilden sich Strukturen, die fast aristokratisches Format aufweisen.

Gemeinden holen sich inzwischen die Segnungen von Stars der Szene ab, nicht um Neues aus dem Coronaszenario zu erfahren, sondern, um dabei gewesen zu sein, wenn Promis vor Ort »promenieren«. Man zahlt gutes Geld dafür, wenn die Phänotypen der Bewegung »in Town« sind. Na ja, so funktioniert eben der Markt. – Du mich auch!



Aktuell als große Podcastserie von Dr. phil. Werner Köhne auf *apolut.net*: »Das Leben, der Tod und der Wunsch nach Unendlichkeit«

# Die Corona-Lügen

***Eine Aufklärung in zwölf Punkten*** | Von Dr. Mike Yeadon

**Ich behaupte und begründe, dass alle wichtigen Aspekte der Corona-Geschichte mit dem Titel Sars-CoV-2 Lügen sind. Darüber hinaus sind alle »Maßnahmen«, die der Bevölkerung auferlegt wurden, ebenfalls erlogen.**

**1. Lüge: SARS-CoV-2 hat eine so hohe Letalität, dass alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Leben zu retten.**
Die Wahrheit: Tatsächlich wurden die IFR-Schätzungen für Covid-19 wiederholt nach unten korrigiert und liegen nun allgemein im Bereich von 0,1 bis 0,3 Prozent. Es kann jetzt nicht mehr argumentiert werden, dass sich Covid-19 signifikant von saisonalen Grippeepidemien unterscheidet.

**2. Lüge: Da es sich um einen neuen Virus handelt, gibt es in der Bevölkerung keine vorhandene Immunität.**
Die Wahrheit: Es ist eigentlich unmöglich, dass es in einer Bevölkerung keine vorhandene Immunität gibt. Und zwar deswegen, weil Viren jeweils von früheren Viren abstammen und ein Teil der Bevölkerung eben diese Vorgängerviren bereits abgewehrt hat, was den Menschen entweder Immunität oder einen großen Vorsprung bei der Bekämpfung des neuen Virus verschafft.

**3. Lüge: Dieser Virus diskriminiert nicht. Niemand ist sicher, bis nicht alle sicher sind.**
Die Wahrheit: Diese Behauptung war immer absurd. Die Letalität dieses Virus ist, wie bei Atemwegsviren üblich, bei jungen gesunden Menschen 1000-mal geringer als bei älteren Menschen mit mehreren Komorbiditäten.

**4. Lüge: Menschen können, ohne Symptome zu haben, diesen Virus in sich tragen und andere anstecken: asymptomatische Übertragung.**
Die Wahrheit: Das ist die zentrale Gedankenebene der Irreführung. Durch diese fälschlicherweise kolportierte asymptomatische Übertragung wird fast jeder Eingriff in die Grundrechte legitimiert. Eine asymptomatische Übertragung ist epidemiologisch irrelevant.

**5. Lüge: Mit dem PCR-Test lassen sich Menschen mit klinischen Infektionen gezielt ermitteln.**
Die Wahrheit: Das ist die zentrale Handlungsebene der Irreführung. In einer »schmutzigen« klinischen Probe kann es einen Virusteil oder einen ganzen Virus geben. Es können Bakterien, Pilze, andere Viren, menschliche Zellen, Schleim und alles Mögliche vervielfältigt werden. Wenn ein Test nach vielen Zyklen »positiv« ist, ist unklar, was eigentlich multipliziert wurde.

**6. Lüge: Masken verhindern die Ausbreitung dieses Virus.**
Die Wahrheit: Es zahlt sich nicht aus, mit diesem Thema Zeit zu verschwenden. Es war schon lange vor Covid-19 bekannt: Gesichtsmasken nützen nichts.

**7. Lüge: Lockdowns verlangsamen die Ausbreitung und reduzieren die Anzahl der Fälle und Todesfälle.**
Die Wahrheit: Durch einen allgemeinen Lockdown gibt es keine erkennbaren Auswirkungen auf die Ausbreitung der Epidemie, die Anzahl der Fälle, Krankenhauseinweisungen oder Todesfälle.

**8. Lüge: Bei Covid gibt es keine Behandlungen, außer eine Betreuung im Krankenhaus.**
Die Wahrheit: Rechtlich gesehen war es für die Täter, die neuartige Impfstoffe einführten, von entscheidender Bedeutung, dass es keine anderen brauchbaren Behandlungen gab. Hätte es auch nur eine gegeben, wäre der behördliche Weg der Notfallgenehmigung nicht verfügbar gewesen.

**9. Lüge: Es ist möglich, durch das Virus mehr als einmal zu erkranken.**
Die Wahrheit: Es ist unmöglich, zweimal als Reaktion auf denselben Virus, oder eng verwandte Varianten, klinisch zu erkranken. Die Überwindung einer Atemwegsinfektion führt bei fast jedem Menschen zu einer erworbenen Immunität, die vollständig, robust und beständig ist.

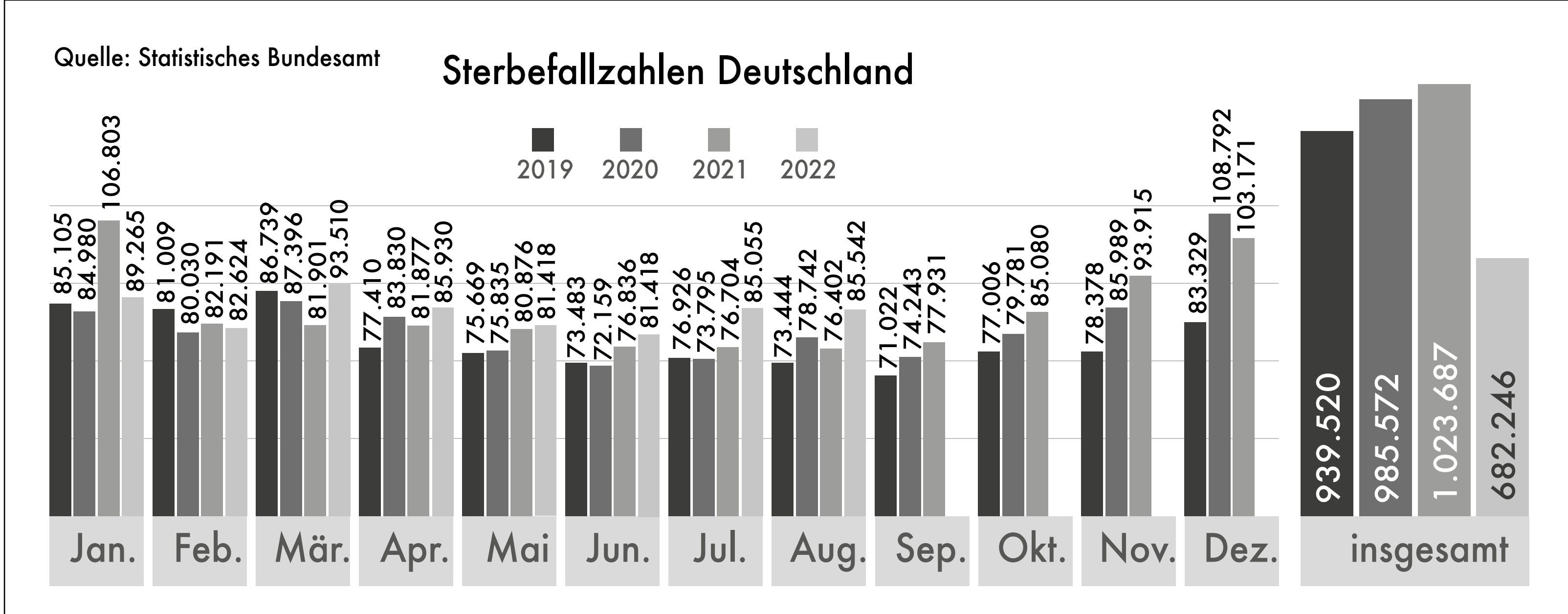
**10. Lüge: Es treten Virusvarianten auf, deswegen müssen wir uns große Sorgen machen.**
Die Wahrheit: Es gibt sehr gute Präzedenzfälle, die darauf hinweisen, dass die Genesung nach einer Infektion eine Immunität bewirkt, die sich über die Sequenz der Variante, mit der der Patient infiziert wurde, hinaus auf alle Varianten von Sars-CoV-2 ausdehnt.

**11. Lüge: Die einzige Möglichkeit, die Pandemie zu beenden, ist die universelle Impfung.**
Die Wahrheit: Das war meines Erachtens immer das Ziel der vorgetäuschten Pandemie. Diejenigen, die diese Argumentation vorantrieben und es so ermöglichten, dass Milliarden unschuldigen Menschen genbasierende Erreger unnötigerweise injiziert wurden und werden, haben sich eines Verbrechens gegen die Menschheit schuldig gemacht.

**12. Lüge: Die neuen Impfstoffe sind sicher und wirksam.**
Die Wahrheit: Die Machart der als Impfstoffe bezeichneten Mittel ist sehr problematisch. Die Verwendung von genbasierten Wirkstoffen im allgemeinen Gesundheitswesen ist neu. Hätte ich ein Amt in einer Behörde, hätte ich allen führenden Forschungs- und Entwicklungsunternehmen gesagt, dass sie ohne umfassende Langzeitstudien keine Zulassung bekommen. Das hätte bedeutet, dass frühestens Anfang 2022 eine EUA erteilt worden wäre. Ich hätte den Einsatz bei Kindern, in der Schwangerschaft und bei Genesenen schlichtweg abgelehnt.

Ohne Umschweife: Erst nach jahrelanger sicherer Anwendung würde ich eine Änderung dieser Haltung in Erwägung ziehen. Die Tatsache, dass alle vier Hauptakteure trotz aller Risiken das Spike-Protein ausgewählt haben, lässt mich sowohl auf geheime Absprachen als auch auf bösartige Absichten schließen.

Dr. Mike Yeadon war Vizepräsident und weltweiter Leiter der Forschung für Allergie- und Atemwegserkrankungen bei Pfizer Großbritannien. Er schloß sich 2020 dem Widerstand an. Dieser Text wurde übersetzt aus dem Englischen von Sophia-Maria Antonulas (DW). Das ungekürzte Original ist unter folgendem Link zu finden: https://doctors4covidethics.org/the-covid-lies/




## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche.*

*Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

## MELDUNG

### NEUE MINISTERPRÄSIDENTIN DISTANZIERT SICH VON CORONA-LÜGE

Edmonton/DW, 24. Oktober 2022. »Die Ungeimpften waren die am meisten diskrimimierte Gruppe, die ich jemals in meinem Leben bezeugen musste.« Die neue Ministerpräsidentin des kanadischen Bundeslandes Alberta, Danielle Smith, wurde am Montag im Amt vereidigt. Die Politikerin sprach sich im Zuge dessen – vergleichsweise deutlich – gegen den Spritzengenozid und das »Weltwirtschaftsforum« (WEF) des globalen Großkapitals, der Kriegslobby und der Großbanken aus. »Warum, um Himmels Willen, haben wir etwas mit dem WEF zutun?« Sie wies darauf hin, dass sie sich den »Event 201 angesehen« habe, die Planübung zur Corona-Lüge, die den Zusammenbruch des US-Finanzkapitalismus seit März 2020 verschleiern soll (vergleiche Seite 9 dieser Ausgabe). (ale)

### PALMER MIT DURCHMARSCH

Tübingen/DW. Der amtierende Oberbürgermeister der Universitätstadt Tübingen, Boris Palmer, erzielte am 23. Oktober einen Kanterwahlsieg. Palmer gilt trotz seiner Mitgliedschaft in der bündnisgrünen Partei als Volkspolitiker und stellte unter anderem das Corona-Regime teilweise in Frage. Palmer gilt als »Sahra Wagenknecht seiner Partei«, der – mit Einschränkungen – auch gegen den Nato- und Corona-Kriegstreiberkomplex des Tiefen Staates antritt. Er erzielte 52 Prozent der abgegebenen Stimmen, die weiteren Kandidaten spielen keine Rolle. (ale)

### DEMONSTRATION FÜR BALLWEG

Stuttgart/DW. Hunderte bis über Tausend Demokraten demonstrierten am 23. Oktober 2022 für den seit 29. Juni 2022 widerrechtlich inhaftierten Bürgerrechtler Michael Ballweg. Mit Trommeln, Gesängen, Musik und Trillerpfeifen sprachen die Querdenker dem Volkshelden und Erfinder des »Freedom Phones« ohne serienmäßige Überwachung Mut zu. Ballweg war mit der Demomstration vom 1. August 2020 in Berlin, mit der 1,3 Millionen Menschen gegen den Corona-Putschversuch und für die Grundrechte auf die Straße gingen, zu weltweiter Bekanntheit gelangt. Seine Inhaftierung gilt als politisch motivierter krimineller Racheakt. (ale)

### WELTWEITE DEMONSTRATION

Stockholm/DW. Eine neue »World Freedom Rally« ist für den 19. November 2022 angekündigt! Das geht geht aus den Informationsseiten *worldwidefreedom-rally.com* sowie *NichtOhneUns.de* hervor. Es wird sich um die bereits zehnte Ausgabe des weltweit gleichzeitigen Widerstands gegen den Corona-Putsch handeln. Die allgemein gehaltenen Hauptziele lauten demnach: »Redefreiheit, Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, freie Gesundheitsentscheidung und Wahlfreiheit.« Orte sind unter anderem Piccadilly in London, Beginn soll um 1 Uhr nachmittags Ortszeit sein. Als weitere Orte sind wieder Amsterdam, Toronto, Paris, Kassel, Rom, Brüssel, San Francisco, Wien und Prag im Gespräch. (ale)

## MELDUNG

NUN AUCH IM *MAINSTREAM*: USA ZERSTÖRTEN VERSORGUNGSLEITUNGEN

Berlin/DW. Mit einer Zeitverzögerung von kaum drei Wochen gelang es der Corona-Propagandazeitung *junge Welt* am 18. Oktober zu bemerken: »... dennoch ist angesichts des Mauerns womöglich von Interesse, dass die Nato ihr diesjähriges Baltops-Manöver im Juni vor Bornholm abhielt – und dass die U.S. Navy unter anderem ihre modernsten Unterwasserdrohnen vorführte. Noch kurz vor den Anschlägen hatten sich US-Kriegsschiffe in der Ostsee aufgehalten, östlich von Bornholm.« Das Journalistenportal *apolut.net* sowie die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* hatten weltführend ab 28. September 2022 die US-Federführung bei der Sprengung der zivilen Versorgungsleitung in der Ostsee nachgewiesen. (ale)

TAZ: KRIEGSTREIBER UND NEOFASCHISTEN

Berlin/DW. Im Magazin *Overton* merkte der Journalist Arno Luik am 19. Oktober an: »Rückblende: In den 1990er Jahren war ich mal Chefredakteur der *Taz*. Es war die Zeit der aufziehenden Jugoslawienkriege. Ich hielt die Nato-Osterweiterung für keine gute Idee, ich war (auch mit Kommentaren) gegen eine Beteiligung der deutschen Armee an diesen Kriegen. Gegen diese Position (g)eiferten Teile des *Taz*-Auslandsressorts, des Meinungsressorts, des Inlandsressorts.

Der Hintergrund: Die Grünen mit Joschka Fischer wollten damals mit aller Macht an die Macht, und das hieß: Bedingungsloses Ja zu Nato und zur Bundeswehr, bedingungsloses Ja zur Nato-Osterweiterung, Ja zu einer möglichen Beteiligung an dem absehbar-drohenden Angriffskrieg gegen Jugoslawien... Die Bellizismus-Saat [Weltkriegstreiberei], die damals gesät wurde, die die *Taz* übernahm und seither sorgsam pflegt, ist heute aufgegangen und erlebt ihre Blüte in Figuren wie Anton Hofreiter, Annalena Baerbock, Robert Habeck.« (ale)




KEINE VOLKSVERHETZUNG

Pirna/DW. Das Amtsgericht Pirna in Sachsen entschied am 19. Oktober, dass ein »Ungeimpft«-Stern nicht strafbar ist (Urteil vom 19.09.2022, Az. 212 Ds 378 Js 111122). Der Träger beziehungsweise Weiterleiter eines Bildes habe nicht die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung verharmlost. Der Angeklagte habe das den Juden unter NS-Herrschaft zugefügte Unrecht gerade nicht bagatellisieren wollen, so das Amtsgericht. Er habe darauf aufmerksam machen wollen, dass er sich als Nicht-Injizierter genauso ausgegrenzt fühlt, wie die jüdische Bevölkerung im Dritten Reich ausgegrenzt wurde. (ale)

# »LEUGNER UND VERHARMLOSER IN DEN KNAST!«

***Eine weitere Woche des Demokratieabbaus liegt hinter uns.*** | BERICHT von Hendrik Sodenkamp




Demonstration in Aschaffenburg am 3. Oktober 2022. Foto: Georgi Belickin

**Zwielichtig wie eh und je verabschiedete der Bundestag in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober 2022 ein Gesetz, das den sogenannten Volksverhetzungsparagraphen grotesk erweitert.**

Versteckt war das Gesetz in einer Reform des Bundeszentralregisters, also des Registers, indem alle juristischen Vergehen aller Bürger vermerkt sind. Nach diesem neuen Volksverhetzungsgesetz, kann jeder, der Kriegsverbrechen »billigt, leugnet oder gröblichst verharmlost« für bis zu drei Jahre ins Gefängnis gesteckt werden.

Wer also beispielsweise Zweifel an der Nato-Erzählung von den »Massakern von Butscha« äußert, kann von jetzt an weggesperrt werden. Wir alle haben in den letzten Jahren nur zu gut erleben können, welche Willkür mit den Begriffen »Leugnung« und »Verharmlosung« betrieben wird und man kann davon ausgehen, dass diese Willkür – nun in den Status eines »Gesetzes« erhoben – in den kommenden Wochen und Monaten ausgiebig zur Anwendung kommen wird.

DAS REGIME GEHT IMMER WEITER NIEDER

Der »Gesetzes«-Entwurf geht auf das Betreiben des Justizministers Marco Buschmann (FDP) zurück. Dieser bestreitet, dass die Rechtsveränderung etwas mit dem Ukrainekrieg zu tun hätte. Er verweist stattdessen darauf, dass die Zerstörung der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik eine Anforderung der Europäischen Union und der dort geltenden Gesetze sei. Die gewählten Repräsentanten hätten quasi keine Wahl, als ein solches Gesetz zu verabschieden. Mit diesen undemokratischen Methoden verflüchtigt sich die Republik in Deutschland.

Um noch mehr undemokratische EU zu schaffen, die undemokratische Mechanismen in Gang setzt und die jede Rechenschaft der Bevölkerung gegenüber schuldig bleiben wird, setzte der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) am Dienstag, den 25. Oktober 2022, auf einem Gipfel der EU-Energieminesters in Luxemburg durch, dass die europäischen Staaten gemeinsam Gas einkaufen. Was als »Bündelung der Marktmacht« für günstige Preise beworben wird, soll den Ausbau solch undemokratischer Strukturen fördern. Wieder einmal wird eine »Krise« genutzt, um ohne öffentliche Diskussion und Abstimmung Tatsachen zu schaffen.

Davon kann auch die Ukraine ein Lied singen. Der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte am Dienstag, am 25. Oktober 2022, bei einem sogenannten G7-Gipfel an, dass das osteuropäische Land einen »Marshall-Plan« verpasst bekommen werde, der seiner Ankündigung nach eine »Generationenaufgabe« sei. Die G7-Herrscher zeigen mit diesem in Westeuropa und in Westdeutschland durchweg positiv besetzten Begriff, dass es ihnen um eine »generationenlange« wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit, Beeinflussung und Besatzung des Landes geht. Dass es sich bei genauer Betrachtung des Begriffes »Marshall-Plan« um eine gröblichste Verharmlosung der Kriegsverbrechen der Nazis und im Zweiten Weltkrieg allgemein handelt, wird Olaf Scholz juristisch wohl nicht gefährlich werden. Immerhin sind »Verharmloser« und »Leugner« nie in der Regierung, nicht?

Man kann damit rechnen, dass die tatsächliche kriegstreibende Volksverhetzung schön weiter geht, am Freitag, den 28. Oktober 2022, also nach Redaktionsschluss, dann von Bundespräsidentendarsteller Frank-Walter Steinmeier (SPD): Dieser hatte sich in der vergangenen Woche als Kriegstourist in der Ukraine geübt und traf sich mit dem dortigen Darstellerpräsidenten Selenski, der die deutschen Waffen pries und mal wieder mehr davon forderte.

Zurück in Deutschland will Steinmeier nun eine Rede an die deutsche Bevölkerung halten und weiter auf den Kriegskurs einschwören. Währenddessen macht sich die auf Linie gebrachte bewaffnete Staatsmacht, vormals bekannt als Polizei, bereit, den neuen Volksverhetzungsparagraphen an demokratischen Demonstranten gegen die Regierungspolitik zur Anwendung zu bringen. Am Montag soll es damit losgehen.

# Drei Männer, die wir nicht brauchen

***Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.***

**Scholz, Sunak, Sundermaier – überall nur Menschenfreunde. Die vergangene Woche hat wieder Wahnwitziges zu Tage gebracht. Unser vergesslicher Kanzler Olaf Scholz (SPD) will gegen jeden Widerspruch Teile des Hamburger Hafens an die Chinesen verkaufen, der neue britische Premierminister Rishi Sunak kommt aus der Kaderschmiede des Weltwirtschaftsforums (WEF) und will Klaus Schwab dienen. Und zu guter Letzt taucht unser allseits beliebter Regierungsschreiber Olaf Sundermaier (*RBB*) wieder auf. Er sieht – wie eh und je – überall nur Nazis. Holt Popkorn, es geht los!**

Unser Olaf drehte wieder frei, wieder geschah es in Hamburg. Dieses Mal setzte sich Scholz (SPD) gegen seine Koalitionspartner und sämtliche kritische Stimmen durch und unterstützte, dass Teile des Hamburger Hafens an China verkauft werden. Das Ergebnis: 24,9 Prozent eines Containerterminals kauft der chinesische Konzern Cosco. Damit erweitert China den eigenen Einfluss auf europäische Seehäfen. Laut dem Magazin *Business Insider* hatte Cosco zugesagt, »im Fall einer Beteiligung Teile seines Frachtgeschäftes bevorzugt über Hamburg abzuwickeln. Das ließe sich auch als Drohung verstehen, Schiffe in andere Häfen umzuleiten, sollte Deutschland sich einem Einstieg der Chinesen verweigern. Cosco ist bereits an Häfen der Hamburger Konkurrenten Rotterdam, Seebrügge und Antwerpen beteiligt. So wie an vielen Seehäfen weltweit«.

Rolf Langhammer vom Kieler Institut für Weltwirtschaft warnte vor dem Verkauf: »Cosco steht sowohl für die sogenannte maritime als auch die digitale Seidenstraße und damit für den Einfluss Chinas auf die Kontrolle von geografischen Routen für den Seehandel und seine digitale Abwicklung.« China ist ein großer Gewinner der Globalisierung und hat sich in den vergangenen Jahren auf den zweiten Platz



Der neue britische Premierminister Rishi Sunak (42) ist WEF-Lobbyist und früherer Schatzkanzler des Landes. Foto: CC/Creativecommons

der größten Volkswirtschaften katapultiert. Zum wichtigsten strategischen Expansions-Projekt gehört die »Neue Seidenstrasse«, eine Investition in internationale Verkehrslogistik. Damit sichert sich China auch zukünftig den weltweiten Handel. Gibt Deutschland mit dem Verkauf des Hamburger Terminals etwa wichtige Infrastruktur – und damit Handlungskompetenz – in die Hände ausländischer Großinvestoren?

### SAME, SAME, BUT DIFFERENT

Endlich haben die Briten wieder eine neue Führung. Und welch Überraschung! Es ist Rishi Sunak. Der 42-Jährige gehört der konservativen Partei an, ist Fulbright-Stipendiat (ein sehr prestigeträchtiges Stipendienprogramm zum akademischen Austausch mit den USA), Stanford-Absolvent, WEF-Lobbymann und Befürworter des digitalen Zentralbankgeldes. Als Schwiegersohn eines indischen IT-Milliardärs weiß er, die richtigen Segel zu setzen. Er bekam den neuen Posten ganz ohne Wahl. Achtung: Seine eigene Partei wollte ihn nicht, aber er war halt der einzige Kandidat. Ja, Sie lesen richtig. In Großbritannien sind zumindest Teile der Presse noch über den Verfall der Demokratie besorgt. So titelte der *Daily Record* dazu: »Death of Democracy« (übersetzt: »Tod der Demokratie«). Wer denkt, dass sich irgend etwas an der grundsätzlichen politischen Route in Großbritannien verändert, der irrt. Sunak wird ganz im Sinne des *Great Reset* handeln und die Machenschaften des digital-finanziellen Komplexes weiter umsetzen. Auf dem Nachrichtendienst Twitter schrieb er direkt nach seiner Ernennung: »A privilege to speak to the President of Ukraine this evening. Both he and the Ukrainian people can count on the UK's continued solidarity and support. We will always stand with Ukraine«, übersetzt: »Es ist mir eine Ehre, heute Abend mit dem Präsidenten der Ukraine zu sprechen. Sowohl er als auch das ukrainische Volk können auf die anhaltende Solidarität und Unterstützung Großbritanniens zählen. Wir werden immer zur Ukraine stehen«. Ein unerträglicher letzter Satz in diesen Tagen, genauso missbraucht wie der Begriff »Solidarität«.

### BUHRUFE STATT APPLAUS

Zum Abschluss empfehle ich Ihnen heute noch eine Folge aus der Sendereihe »Wir müssen reden« – ein Unterhaltungsformat des Rundfunk Berlin Brandenburgs (*RBB*). Jüngst brachte der »*Talk*« mal wieder eine übliche Runde aus Politikern und Journalisten vor Publikum zusammen – dieses Mal in Frankfurt an der Oder. Als der Moderator Fragen zum Demonstrationsgeschehen im Osten stellte, kündigte er Olaf Sundermaier, Journalist vom *RBB*, als »Experten« zu diesem Thema an. Sundermaier konnte noch nicht einmal sein übliches *Framing* über die bösen, rechten Demonstranten loswerden, als die exzentrischen Buhrufe alles andere übertönten. Herrlich! – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.


Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

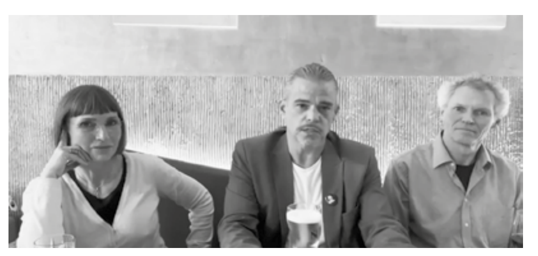


# »Runder Tisch« in Bruchsal

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

**Einer der wohl ersten sogenannten »Runden Tische« zwischen kritischen Demoorganisationen und Stadtverwaltung sowie Politik unter Teilnahme der Oberbürgermeisterin fand am Mittwoch in Bruchsal statt. Ein guter Anfang, um ins Gespräch zu kommen, ist gemacht. Diesem Beispiel sollten möglichst viele Städte und Gemeinden folgen!**

»Servus aus Bruchsal!« grüßt der großartig kämpfende Rechtsanwalt und Journalist Dirk Sattelmaier, den wir diesmal ausnahmsweise redaktionell vertreten – aus genau diesem Grund. »Der Grund aus dem ich hier bin, ist, dass ich gebeten worden bin, hier heute Rechtsbeistand zu sein.« Sattelmaier nimmt kurzfristig seine Aufgaben als echter grund- und menschenrechtstreuer Anwalt wahr, »und zwar für die Organisatoren der hiesigen Montagsspaziergänge« im nordbadischen Schwarzwald. Die Demokraten hatten die Möglichkeit


Nach dem Runden Tisch bei Bier und Schorle: Dirk Sattelmaier mit Vertretern der Zivilgesellschaft: »Die Stadtverwaltung bekommt ihre Befehle von oben.« Foto: t.me/RASattelmaier/ 2381

angeboten bekommen, an einem Runden Tisch mit der Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (Freie Wähler) teilzunehmen. Die Stadträtin Schmidt und der Montagsspaziergänger Kampa sprachen an der Seite Sattelmaiers vor.

»Ich glaube, es war ein Novum, dass kritische Bürger mal an einem Runden Tisch mit der Stadtverwaltung und den Vertretern der einzelnen Fraktionen saßen«, so Sattelmaier im Anschluss. »Die Stadverwaltung bekommt ihre Befehle von oben, sie hat aber einen Spielraum, und um den ging es heute«, führte Frau Schmidt im Gespräch mit unserem Kolumnisten aus. »Wir haben auf den Montagsdemos doch erhebliche Polizeigewalt erlebt, von der auch ein Zeuge hier *live* berichtet hat.« Die Stadtgourvernement habe demgegenüber ausgeführt, es sei »überfordert« gewesen, es sei »eine eine neue Situation gewesen«.

Die Demokraten wiesen beim Runden Tisch auf weitere Verbrechen und Absurditäten unter der »Corona« hin. – »Das Ganze ist ein Marathon, wir müssen noch viel reden, aber das war ein Anfang«, resümierte Sattelmaier, »Prost auf Bruchsal!« und »auf den Widerstand!«, ergänzte Kampa, der eine absurde »Kleingeistigkeit« bei den Volksvertretern ausmachte, »während ganz Deutschland auf die Straße geht«.

**Übrigens: Dirk Sattelmaier liest am 2. November 2023 ab 19 Uhr in Göppingen in der Gaststätte »Platzhirsch« ab 19 Uhr aus seinen DW-Kolumnen »Neues aus dem Gerichtssaal«. Der Eintritt ist frei.**



# KEINE ANGST VOR ANSTECKUNG!

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

***von Dr. Günther Riedl***

**Treibende Kraft für das irrationale Handeln der Massen ist seit zweieinhalb Jahren die Angst. Dadurch ließen sie sich zu den Spritzen scheuchen, die das Ende der Pandemie und der Angst verhießen. Längst ist aber deutlich geworden, dass der »Impfstoff« nichts von dem hält, was er verspricht, sondern selbst Ursache und Motor der Pandemie ist.**

Wann gab es je einen Sommer mit so vielen Ansteckungen wie 2022? Die Lügen darüber werden immer dreister: Da sehe man, wie hartnäckig der Virus sei ... So werden Ursache und Wirkung diabolisch verkehrt – denn es sind ja die Genspritzen, die krank und ansteckend machen. Ohne die betrügerischen »Impfungen« wäre das Corona-Thema seit 2020 abgehakt.

Ist es eigentlich nur schlecht, sich anzustecken? Sogar über Corona-Ansteckungen haben sich viele gefreut, denn danach waren sie nicht nur gesund – was ja längst kein Status mehr ist – sondern genesen und hatten ein paar Monate Ruhe vor schwachsinnigen Maßnahmen.

Aber es gibt noch viel bessere Möglichkeiten, sich und andere anzustecken: mit Freude und Vertrauen, mit Liebe und Wahrheit!

In einem Lied heißt es: »Einer hat uns angesteckt mit der Flamme der Liebe...« Es ist Jesus, der ein Feuer in den Herzen entzündet, wodurch die Angst verglüht. Lassen Sie Ihr Herz von ihm anstecken mit Frieden, Freude und Liebe! Solche Ansteckung tut gut, und man gibt sie gern weiter, damit eine Herdenimmunität gegen Angst und Lüge entsteht.

Und nie vergessen zu lachen! Das befreit, entwaffnet, steckt an. Der »Kaiser«, wie arrogant er sich auch gebärdet, hat keine Kleider an; das sieht jedes Kind. Was gibt's denn so zu lachen? Eine ganze Menge! Lassen Sie sich anstecken, indem Sie im Internet meine Satire »Wichtige Warnhinweise zu den Corona-Ausbrüchen – Vera Lengsfeld« aufsuchen. Und wenn Sie eingeben »Die Panik schürt immer der Kalle«, darf ich Sie noch mit einem Ohrwurm anstecken. Dagegen braucht man keine Medizin, das ist selbst eine.

Angst schwächt, Lachen hingegen stärkt die Abwehrkraft – gegen die Ansteckung mit Erregern und mit medizinischem Unfug.

**Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 als Christ im Widerstand tätig.**



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BALINGEN: Donnerstag 11.30 • Schwarzwälder Bote • Herrenmühlenstr. 4
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • WDR Landesstudio • Vereinsstr. 11
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • DIE ZEIT • Speersort 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 17 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Donnerstag 17.30 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30´ • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Mittwoch ab 15 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

## IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gethsemanekirche – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

**KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!**




**WWW.HARLEKIN.SHOP**

## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| | | |
|---|---|---|
| Sa, 29.10.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr | Bochum, Dr.-Ruer-Platz | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 29.10.2022 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 29.10.2022 14-19 Uhr | Düsseldorf, Schadowplatz | Demo und Aufzug |
| Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 29.10.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Konzerthaus | Fahrradkorso |
| Sa, 29.10.2022 14-17 Uhr | Fulda, Am Bahnhof | Demo |
| Sa, 29.10.2022 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 29.10.2022 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 29.10.2022 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 29.10.2022 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 30.10.2022 18-19:30 Uhr | Bayern, Spittelmühlweg | Spaziergang |
| So, 30.10.2022 14-19 Uhr | Berlin, Platz der Republik 1 | Demoaufzug |
| So, 30.10.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle | Gottesdienst |
| So, 30.10.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 31.10.2022 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Bad Meinbach, Brunnnentempel | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 17:45-21 Uhr | Berlin-Pankow, Gethsemanekirche | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Bernau, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 31.10.2022 17-20 Uhr | Darmstadt, Ludwigsplatz | Mahnwache |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20:30 Uhr | Dreieich, Bürgerpark | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 31.10.2022 18:30-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20:30 Uhr | Erzhausen, Hessenplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Falkensee, alte Stadthalle | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20:30 Uhr | Frankfurt am  Main, Am Römer | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Greifswald, Mühlentor | Demo |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-19:30 Uhr | Jülich, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Oldenburg, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 31.10.2022 17:30-20 Uhr | Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Rennerod, Hubertusplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Rotenburg (Wümme), Neuer Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Salzwedel, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Siegen, Jakob-Scheiner-Platz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 17-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Stralsund, Olof-Palme-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 31.10.2022 18-19 Uhr | Sulz am Neckar,  Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 31.10.2022 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 31.10.2022 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 31.10.2022 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 1.11.2022 16:30-18:00 Uhr | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße | Schilderaktion |
| Di, 1.11.2022 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 1.11.2022 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 1.11.2022 18-20 Uhr | Varel, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 1.11.2022 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 1.11.2022 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 2.11.2022 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 2.11.2022 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |
| Mi, 2.11.2022 17-19 Uhr | Landshut, Martinskirche | Andacht |
| Mi, 2.11.2022 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 2.11.2022 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 2.11.2022 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 2.11.2022 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 2.11.2022 19-20:30 Uhr | Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule | Spaziergang |
| Mi, 2.11.2022 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Do, 3.11.2022 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 3.11.2022 18-21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Do, 3.11.2022 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 3.11.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 3.11.2022 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 3.11.2022 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 3.11.2022 18-21 Uhr | Warstein, Rathausplatz | Spaziergang |
| Fr, 4.11.2022 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 5.11.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 5.11.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 5.11.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 5.11.2022 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 5.11.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge | Demoaufzug |
| Sa, 5.11.2022 15:30-18 Uhr | Kassel, Königsplatz | Demo |
| Sa, 5.11.2022 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 5.11.2022 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 5.11.2022 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 5.11.2022 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**



## § 278 STGB – AUSSTELLEN FALSCHER GESUNDHEITSZEUGNISSE

### KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

**Seit dem 21. Oktober 2022 ist die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Bochum eröffnet. Der Bochumer Arzt Dr. A. T. muss sich vor der Großen Strafkammer verantworten.**

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Bochum hat er die Tatbestandsmerkmale des Paragrahen 278 Absatz 1 des Strafgesetzbuches erfüllt und damit die Tat verwirklicht. Der Verein Polizisten für Aufklärung e.V. war am 24. und 25. Oktober 2022 als Prozessbeobachter vor Ort. Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, halten wir uns mit unserer Einschätzung natürlich zurück. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich berichten und unsere Eindrücke schildern. Die Hauptverhandlung erregte bisher größeres öffentliches Interesse. An allen drei bisherigen Verhandlungstagen war der Zuschauerbereich mit 30 bis 40 Zuschauern gefüllt. Nicht alle Interessierten konnten auf Grund von Platzgründen der Verhandlung beiwohnen und mussten teilweise vor dem Gerichtssaal warten. Die zusätzliche Sicherheitskontrolle, welche im Rahmen einer sitzungspolizeilichen Anordnung durch den Vorsitzenden Richter erlassen wurde, sorgte für Verzögerungen. Der Vorsitzende Richter stellte am Anfang der Hauptverhandlung klar, dass es nicht die Aufgabe der Großen Strafkammer sei, sich mit der Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit der Coronamaßnahmen zu beschäftigen.

Aus Sicht der Beobachter wurden natürlich viele weit über die rein strafrechtliche Einschätzung hinausgehende, unter anderem gesellschaftspolitische, medizinische und ethische Fragen aufgeworfen. Es fielen durch Zeugen der Anklage Begriffe wie »Coronaleugner« und (sinngemäß) »diese Menschen habe ich bei Fragen zur Maskenbefreiung grundsätzlich nicht mehr ärztlich behandelt«. Die Betonung lag dabei auf »diese«. Warum nahmen Patienten lange Anfahrtswege zur Praxis in Kauf? Haben gegebenenfalls Ärzte Angst, medizinisch begründete Atteste auszustellen oder wollen sie sich mit »diesen« Menschen nicht beschäftigen? Wurde im Rahmen anderer Ermittlungen eine TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) geschaltet? Flossen Erkenntnisse dieser TKÜ in das jetzige Verfahren ein? Spielte der polizeiliche Staatsschutz oder das Landesamt für Verfassungsschutz NRW eine Rolle? Warum wurden die Praxis und die Privatwohnung des Dr. A. T. teilweise mehrfach durchsucht? Bei welchen polizeilichen Maßnahmen wurden die Atteste beschlagnahmt beziehungsweise sichergestellt? War dies rechtmäßig oder liegen Beweisverwertungsverbote vor? Kann der Inhalt des privaten Tagebuches des Dr. A. T. in das Verfahren eingebracht werden? Spielte eine politische Komponente eine Rolle? Fragen über Fragen. Die Hauptverhandlung wurde am 25. Oktober 2022 unterbrochen. Am 09. November 2022 werden wir wieder als Prozessbeobachter vor Ort sein.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

# »ICH WEISS NICHT, WAS DIESE KOLLEGEN DENKEN«

***80-Jährige von Polizei angegriffen. Interview mit Berliner Kriminalbeamten***

**Diesmal unterhalten wir uns mit Simon Berg. Seinen Namen müssen wir anonymisieren, denn er arbeitet seit mehr als 25 Jahr als Kriminalbeamter in Berlin und fürchtet staatliche Anfeindungen. Wir sprechen über Diskriminierung, Menschlichkeit und das gespenstische Phänomen »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates«.**

**DW: Herr Berg, Polizisten geraten im Zusammenhang mit Diskriminierung immer wieder in die Schlagzeilen. Ist das denn wirklich ein Problem bei der Berliner Polizei?**

Simon Berg: Die Behörde ist groß. In meinem Umfeld beobachte ich allerdings keine diskriminierenden Einstellungen oder Verhaltensweisen aufgrund des Geschlechts, Religion oder der ethnischen Herkunft. Jeder Polizist sollte grundsätzlich verstanden haben und dafür sensibilisiert sein, dass Toleranz und Abwesenheit von Diskriminierung grundlegend für eine friedliche, gerechte und freiheitliche Gesellschaft sind.

**DW: Was war dann in den vergangenen zweieinhalb Jahren los?**

S.B.: Erstaunlicherweise sind viele Kollegen gleichzeitig blind für intolerante bis diskriminierende Haltungen und Vorgehensweisen, die im Rahmen der Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen Einzug gehalten haben. Kritikern und kritischen Organisationen wurden Konten gekündigt, kritische Beiträge wurden zensiert.

**DW: Davon können wir Ihnen ein Lied singen!**

S.B.: Es wurde ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das natürlich etwas mit dem Gefühl und der Meinungsbildung der Menschen macht, und das macht auch vor Kollegen innerhalb der Polizei nicht Halt. Aber egal, was die Motivation dieser Kollegen war, sie entbindet nicht von der Verantwortung, sich sachgerecht und umfassend zu informieren und das eigene Verhalten im Griff zu haben.

**DW: Warum geht die Polizeiführung gegen Menschen, die anders als die rituellen 1. Mai-Demonstrationen friedlich für ihre Grundrechte auf die Straße gehen, dermaßen vor?**

S.B.: Ich habe selbst, wie andere Kollegen auch, an großen Demos und Spaziergängen teilgenommen und das Vorgehen im Einsatz wahrgenommen, und ich habe die Teilnehmer der Demos erlebt. Ich habe bei Spaziergängen gesehen, wie Einsatzkräfte der Hundertschaften Menschen, die einer typischen Nachbarschaftszusammensetzung entsprechen – darunter auch alte Menschen –, im Winter im Dunklen über Hinterhöfe und enge Straßen verfolgten, um einige davon einzukesseln und in Maßnahmen zu bringen. Ich habe gesehen, wie sich Einsatzkräfte in voller Montur gegenüber einer mindestens 80 Jahre alten, sehr kleinen Frau aufbauten und sie mit ihren Körpern rückwärts drängten. Ich weiß nicht, was diese Kollegen in solchen Situationen denken.

**DW: Wie ist generell die Stimmung bei der Kripo? Können Sie mit Kollegen offen reden? Werden die kritischen Stimmen mehr?**

S.B.: Man redet schon, aber vorsichtig. Viele haben Bedenken wegen möglicher Schwierigkeiten. Das ist auch nicht verwunderlich, da eine kritische Einstellung durch das seit über zwei Jahren andauernde *Framing* als »rechts« gilt – was natürlich so nicht stimmt: Eine kritische Einstellung, die sich mit Sachfragen befasst, ist neutral. Aber die Leute haben Angst, als »rechts«, Nazis, Corona-Leugner und so weiter dargestellt zu werden. Dazu kommt, dass das Phänomen »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« eingeführt wurde. Ein Tatbestandsschwamm, der im schlechtesten Fall willkürlich ausgedeutet und angepasst werden kann. Niemand weiß, ob er mit seiner Kritik am staatlichen Handeln vielleicht schon unter dieses Phänomen fällt.




Am 1. August 2020 versammelten sich 1,3 Millionen Demokraten aus ganz Deutschland in der BRD-Hauptstadt. Das Unterdrückerregime ließ der Hauptbühne den Strom abstellen und aufmarschieren. Die Coronalüge überlagert geplant den Zusammenbruch des US-Finanzkapitalismus. Foto: Bayern steht zusammen e.V.

**DW: Auch die Polizei wird so auf Spur gebracht. Welchen Appell möchten Sie an die Kollegen richten?**

S.B: Seid nicht unkritisch. Ich habe als Student das erste Mal vom Milgram-Experiment gehört und war fasziniert und abgestoßen zugleich. Diesen Versuch sollte sich jeder zu Gemüte führen und verstehen, was passiert, wenn man Autoritäten und Experten kritiklos folgt.

*Das Interview führte DW-Mitherausgeberin Sophia-Maria Antonulas. Der Text erschien zuerst via* www.vierte.online. *Er wurde für den DW sinnwahrend gekürzt und an Standards dieser Wochenzeitung angepasst. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.*

# WELLE DES PROTESTS

***Fast überall erheben sich die Menschen gegen ihre Regierungen.*** | Beginn der Überblicksgewinnung

**Paris: Am 23. Oktober protestierten tausende Menschen gegen die Sanktionspolitik der Regierung und der Haltung der französischen Regierung im Ukrainekrieg.**

Auch die Haltung der EU wurde thematisiert und in dem Slogan »Halt die Klappe, Ursula!« scharf abgewiesen. Die Proteste waren von der coronakritischen Partei »Die Patrioten« angemeldet worden. Florian Philipot, Vorsitzender der Partei erklärte, es handele sich in erster Linie um eine Demonstration für den Frieden. Schon zuvor war in Paris die kritische Infrastruktur bestreikt worden, darunter Ölraffinerien und Kernkraftwerke. Das führte so weit, dass die Regierung Macron Mitarbeiter von Kraftwerken zur Arbeit gezwungen hat. Auch die Bahn, Schulen und Kindergärten waren lahmgelegt worden. Die Forderungen sind stets Lohnerhöhungen, um zumindest die Inflation auszugleichen, sowie eine Abkehr vom Sanktionsregime.

Italien: In Rom kam es in den zurückliegenden Wochen zu Protesten, angeführt von der Gewerkschaft USB. Die Proteste richteten sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, gegen Sanktionen und steigende Energiepreise, aber auch gegen »Joseph Borrells Vision für Europa«. Auch auf Sizilien gab es Widerstand gegen die Politik. Einige Demonstranten erklärten, sie hätten Angst um ihre Zukunft und fürchteten sich vor sozialen Unruhen.

Chisinau, 21. Oktober: In der moldawischen Hauptstadt wurde eine Abkehr vom antirussischen Kurs des Landes gefordert. Dabei trugen die Protestanten Plakate mit der Aufschrift: »Nieder mit Maia Sandu« oder »PAS [Partei der Aktion und Solidarität] verwandelt das Land in eine Filiale von Soros!« Einige Tage zuvor war bereits ein Protestcamp im Zentrum der Stadt von der Polizei aufgelöst worden. Schon im Mai begannen Massenkundgebungen gegen steigende Energiekosten und Inflation. Festnahmen wurden jedoch nicht berichtet.

Tunesien: Mitte Oktober sind Tausende von Menschen auf die Straße gegangen. Sie machen die Regierung unter Präsident Kais Saïed für die Wirtschaftskrise des Landes verantwortlich. Immer wieder kommt es zu Engpässen bei Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Zucker und Kaffee, die Inflation ist hoch. Seit dem Amtsantritt von Saïed im Jahr 2019 habe sich die Situation des Landes nur verschlechtert, kritisierten die Demonstranten. (ffe)

## MELDUNG

### QUALITÄTSMEDIEN UND MONTAGSSPAZIERGANG

Chemnitz/DW. Am 24. Oktober meldete die Gruppe »Chemnitz steht auf« über den Kurzbriefdienst Telegramm: »Wir haben ja schon einiges mit den sogenannten Qualitäts-Journalisten der Privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten erlebt. Uns kann eigentlich auch fast nichts mehr überraschen.

Heute hatten wir wieder mal Besuch von Stern-TV (RTL / Bertelsmann-Konzern) mit der ›Journalistin‹ Sophia Maier samt Anhang. Die junge Frau aus Köln war bereits im November letzten Jahres mit Ihrem Team bei unserem Montagsspaziergang anwesend. Damals hatten sich nach dem Spaziergang Frau Maier und der Youtuber Bernd Arnold am Schillerplatz gegenseitig interviewt, was eine Strafanzeige wegen angeblicher Volksverhetzung gegen Bernd Arnold nach sich zog. Erst kürzlich wurde das Gerichtsverfahren gegen Bernd Arnold, welches die Anzeige von der Stern-TV-Reporterin Sophia Maier ausgelöst hatte, eingestellt.

Heute [beim Montagsspaziergang, Red.] haben Sophia Maier und Anhang gleich mal ihre Interview-Partner selbst mitgebracht. Ein etwas südländisch aussehender junger Mann behauptete laut mehreren Augenzeugen vor deren laufender Kamera tatsächlich, dass er bereits mehrfach bei unseren Spaziergängen dabei gewesen sei. Da die meisten Teilnehmer/innen unserer Montagsspaziergänge sich persönlich kennen, kam das einigen Augenzeugen dieses Interviews dubios vor und fragten beim Stern-TV-Team direkt mal nach.

Außerdem waren unseren aufmerksamen Ordnern und Spaziergängern einige in schwarz gekleidete junge Männer negativ aufgefallen, die bisher noch nie anwesend waren und aus dem Aufzug heraus Leute anpöbelten. Würde uns nicht wundern, wenn auch diese jungen Herrschaften bei uns eingeschleust wurden, um negative Bilder und Impressionen für die ›Qualitätsmedien‹ zu liefern. Wir danken unseren aufmerksamen Ordnern und Teilnehmer/innen für die Hinweise und bleiben da mal am Ball.« (ale mit Material von »Chemnitz steht auf«)

### BÜRGER FÜR NATIONALHYMNE ANGEGRIFFEN

Leipzig/DW. Bei einer übersichtlichen Demonstration gegen die Nato sowie das Corona-Lügen und Genozidspritzenregime in der sächsischen Stadt Leipzig versuchte die Polizei, die Bürger am 22. Oktober am Abspielen der dritten Strophe der deutschen Nationalhymne zu hindern. Dies geht es einem Video des Onlinekanals »Ignaz Bearth« hervor und wurde neuerlich weltweit bekannt. Bereits im Jahr 2020 hatten Berliner Polizisten Demokraten angegriffen, die die Trikolore mit Schwarz-Rot-Gold und das Grundgesetz bei sich getragen hatten. (ale)

# »Günstige Gelegenheit für Großversuch«

***oder: »Weil man glaubte…«***

**Diesmal spricht die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit dem Mediziner Dr. Andreas Sönnichsen. Die Fragen stellte Alexandra Motschmann.**



Der Spezialist für evidenzbasierte Medizin Dr. Andreas Sönnichsen sieht kriminelle Energie und Profitgier hinter der vermeintlichen Forderung nach »Solidarität«. Foto: Universität Wien

**DW: Möchten Sie sich selbst unseren Lesern vorstellen?**
Andreas Sönnichsen: Gern. Mein Name ist Andreas Christian Sönnichsen. Ich war bis zum 16. Dezember 2021 Leiter der Abteilung für Allgemeinmedizin an der Medizinischen Universität Wien mit den Schwerpunkten Patientensicherheit und evidenzbasierter Medizin. Ich bin Facharzt für Innere Medizin und war seit 2008 Mitglied des Deutschen Netzwerks Evidenzbasierte Medizin, dort seit 2017 erster stellvertretender Vorsitzender im geschäftsführenden Vorstand. Ich wurde 2019 zum ersten Vorsitzenden gewählt. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Anzeige des ACU-Austria, die von mir in der vorliegenden Form weder verfasst noch freigegeben wurde, bin ich von meinem Amt als Vorsitzender des EbM-Netzwerks am 11. Januar 2021 zurückgetreten, um weiteren Schaden vom EbM-Netzwerk abzuwenden. Nachdem ich mit unseren Regierenden wegen der Vorgehensweise bezüglich der Corona-Pandemie unzufrieden bin, hatte ich mich bei der neuen Partei DieBasis als Direktkandidat in München aufstellen lassen und war für Bayern auf Listenplatz 1.

**DW: Ihre beiden Schwerpunkte Patientensicherheit und evidenzbasierte Medizin waren ja momentan absolut gefragt während der Corona-Pandemie?**
A.S.: Ja richtig, das sind genau die beiden Punkte, um die es während der Pandemie ging. Es geht um die Patientensicherheit, weil die bei uns angewandten mRNA-Impfstoffe eine Vielzahl an Nebenwirkungen produzieren, die so nicht vorhersehbar waren. Leider hatten die Zulassungsstudien nicht ausreichend Zeit im Vorhinein und es gab auch nicht genügend Fallzahlen. Die EMA hat da korrekt entschieden, diese Stoffe nur mit einer bedingten Zulassung freizugeben, die war auf ein Jahr befristet und wurde nun um ein Jahr verlängert. Nach wie vor gibt es keine reguläre Zulassung für diese Impfstoffe.

**DW: Aber jetzt muss doch auch die EMA nach einem Jahr der Impfungen mitbekommen haben, dass hier noch nie so viele Nebenwirkungen aufgetreten sind. Bei vigiaccess.org von der WHO unter Covid-19 Vaccine kann man sehen, wie viele Nebenwirkungen aufgetreten sind, etwa drei Millionen, und ich möchte nicht wissen was hier die Dunkelziffer ist. Gab es das jemals zuvor?**
A.S.: Hier wird argumentiert, dass die Zahl von Nebenwirkungen immer in Relation zu den durchgeführten Impfungen zu sehen, ist und das hat es noch nie gegeben, dass innerhalb eines Jahres circa 8,5 Milliarden Impfdosen verabreicht worden sind, davon 50 Prozent mRNA und Vektor, der Rest Totimpfstoff. Interessant ist hier, dass China nur den Totimpfstoff ihren Bürgern und Bürgerinnen verabreicht hat. Und jetzt empfiehlt die EMA auch noch, Kleinkinder zu impfen. Dies ist ein Affront gegen die Menschlichkeit und gegen das Kindeswohl, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention steht.

**DW: Ja, Artikel 3, »Wohl des Kindes«. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichwohl ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist. Warum hat man nicht auch hier in Europa den klassischen Totimpfstoff verwendet?**
A.S.: Weil man glaubte, dass diese neuen Impfstoffe sicher seien. Und man kann jetzt schon mit Sicherheit sagen, und es ist ja logisch, da stecken ganz knallharte Geschäftsinteressen dahinter. Man wollte die mRNA-Technologie marktfähig machen und das war jetzt eine günstige Gelegenheit, das mal in einem Großversuch auszuprobieren. Jetzt hat man den Impfstoff und jetzt wird natürlich der Reibach gemacht.

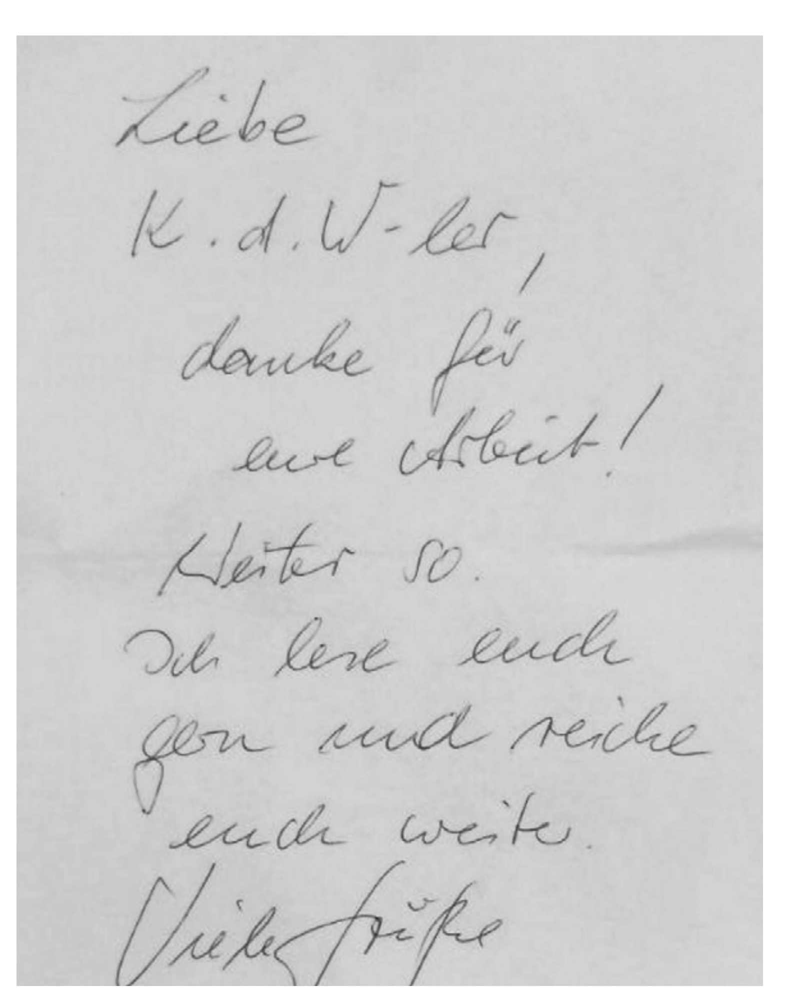
**DW: Auf Kosten der Menschen?**
A.S.: Ja. Begründet wurde dieses Vorgehen natürlich damit, dass es alternativlos sei. Es gibt also keine andere Alternative zur Bewältigung der Pandemie. Die bayrische Regierung hat jetzt eine Initiative ins Leben gerufen – »Na sicher« – mit der sie die Bürger zur nächsten Auffrischimpfung animieren möchte.

**DW: Wie irreführend und katastrophal ist das denn? In den sogenannten Dritte-Welt-Ländern wurden an die Bevölkerung Kits mit Ivermectin, Zink, Vitamin D, K und C verteilt. Und dort sind nicht mehr Menschen gestorben.**
A.S.: Ivermectin wird hier in Europa ja bekämpft. Immer wenn was Neues auf den Markt kommt, dann gibt es Studien, die natürlich auch oft widersprüchlich sind. Die Studienlagen sind nie ohne Einflüsse durch Interessenskonflikte. Es gibt natürlich auch hohes Interesse, Ivermectin hier nicht hochkommen zu lassen. Die Daten von Ivermectin sind meiner Meinung nach so weit ausreichend, dass man sagen kann, die Impfung ist nicht alternativlos. Die Möglichkeiten der Behandlung der Covid-19-Erkrankung sind definitiv nicht ausgeschöpft und es wäre sinnvoll, groß angelegte Studien für die Anwendung von Ivermectin durchzuführen. Wir haben bis *dato* noch keinen Beweis, dass Ivermectin nichts bringt. Auf alle Fälle zeigt sich, dass die Impfung nicht die einzige Alternative ist. Vor allen Dingen, gesunden jungen Leuten schadet Covid nicht. Für 99,85 Prozent der Menschen ist diese Erkrankung unproblematisch und nicht tödlich.

*Die Fragen stellte Alexandra Motschmann. Ein weiteres Gespräch mit Andreas Sönnichsen, das inhaltlich an dieses Interview anknüpft, lesen Sie in dieser Ausgabe auf* *Seite 10.*

# Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin



Liebe K.d.W-ler,
danke für eure Arbeit!
Weiter so.
Ich lese euch gern und reiche euch weiter.
Viele Grüße

**Leserbrief**

Neben dem, dass ich sehr dankbar bin für Ihre Zeitung, deren Berichte mir schon so of Mut und Hoffnung gegeben haben, freue ich mich ganz besonders über die letzten beiden Ausgaben, in denen der Begriff 5G erwähnt wurde. Ja, der Ausbau ist seit der "Corona-Krise" in vollem Gang und derzeit sind viele Gehwege und Straßen aufgerissen, um die Anschlüsse für die Totalüberwachung in Echtzeit durch 5G zu legen. Wir werden bald mit der grausamsten aller Gesellschaftsordnungen konfrontiert sein, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird. Die Mikrowellen-Technologie, die man (gezielt verharmlosend?) "Mobilfunk" nennt, ist DIE Schlüsseltechnologie für eine "neue Normalität", weit jenseits von Freiheit, Gesundheit und Umweltschutz. Denn die Grenzwerte haben mit der Biologie von lebendigen Menschen rein gar nichts zu tun, sie schützen weder Tiere noch Pflanzen und verseuchen diesen wundervollen Wasserplaneten Erde elektromagnetisch, was auch Auswirkungen auf das Wetter haben kann. Ich bitte Sie, helfen Sie mit, das Bewusstsein für diese Technologie des Wahnsinns zu schärfen. Es wird allerhöchste Zeit, dass die Menschen erkennen, wofür sie ihr "Händi" bekommen haben...
Anke K.

**BITTESCHÖN, DANKESCHÖN, GERNGESCHEHEN, AUF WIEDERSEHEN**

Liebe Leute vom DW,
verdammt nochmal: Dann schreibt doch »Anfang und Ende in Wunstorf an der Stadtkirche«. Dann weiß jeder, was gemeint ist, und die Ortsfremden geben dann Stadtkirche ein und finden es sofort. Probiert es selber aus. Schreibt das so rein, und fertig!!!
– Stefan K., Wunstorf (Niedersachsen).
[Antwort eines Veranstalters auf eine freundliche Nachfrage zu einer unklaren Annonce für den Demokalender an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de.]

**AUF DEM SCHIRM**

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

# Digitales Zentralbankgeld und die Rolle des WEF

***Das Regime plant die Abschaffung des Bargeldes und die Einführung eines totalitären digitalen Zentralbankgeldes. Dagegen helfen nur Demokratie und Widerstand.*** | Von Ernst Wolff

**Das globale Geldsystem, unter dem wir seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges leben, geht unaufhaltsam seinem Ende entgegen.**

1998 wurde es von mehreren Großbanken der Wall Street durch Milliardenzahlungen vor dem Zusammenbruch bewahrt. Nach der Weltfinanzkrise 2007/08 hielten es die Zentralbanken mittels ungebremster Geldschöpfung und dauerhaften Zinssenkungen am Leben. Mit dem dritten Beinahe-Crash vom März/April 2020 ist es in sein Endstadium eingetreten. Der Grund: Die Zinsen sind bei null angekommen, und das globale Bankwesen kann auf Dauer nicht mit Negativzinsen leben.

Das ist natürlich auch denen bekannt, deren Herrschaft sich auf das taumelnde System stützt. Sie arbeiten deshalb seit Längerem im Hintergrund an einem neuen Geldsystem. Das Bargeld soll komplett abgeschafft, den Geschäftsbanken soll die Kreditvergabe entzogen und die Geldschöpfung soll ausschließlich in die Hand der Zentralbanken gelegt werden. Bürger und Unternehmen sollen nur noch über ein einziges bei der Zentralbank angesiedeltes Konto verfügen.

Ein solches digitales Zentralbankgeld hätte weitreichende Folgen, denn es würde dem Staat ermöglichen, die Geldmenge zentral festzulegen und sämtliche Geldströme zu steuern. Die Zentralbank könnte individuelle Steuer- und Zinssätze erheben, jede einzelne Transaktion überwachen oder verhindern, sie könnte das Geld zweckgebunden vergeben, es an ein Ablaufdatum, an regionale Grenzen oder auch an einen Sozialcode nach chinesischem Vorbild binden. Außerdem wäre sie in der Lage, den Kontoinhabern Strafzahlungen aufzuerlegen oder sie im Extremfall von allen Zahlungsflüssen abzuschneiden.

### DIGITALES ZENTRALBANKGELD? TOTALITÄRE ÜBERWACHUNG!

Digitales Zentralbankgeld wäre nicht mehr und nicht weniger als die komplette finanzielle Unterwerfung der Gesellschaft unter den Staat in Gestalt der Zentralbanken. Es verwundert daher nicht, dass dieses Projekt weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit vorangetrieben wird.

Was auch den meisten *Insidern* kaum bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, dass die Arbeit der Zentralbanken vom World Economic Forum (»Weltwirtschaftsforum« um Konzernoligarchen und Klaus Schwab; Red.) koordiniert wird. Das WEF hat auf seiner Jahrestagung im Januar 2020 das Global Consortium for Digital Currency (zu deutsch: globale Arbeitsgemeinschaft für die Verwaltung digitaler Währungen) ins Leben gerufen.

Dabei handelt es sich um »die erste Initiative, die führende Unternehmen, Finanzinstitute, Regierungsvertreter, technische Experten, Akademiker, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Mitglieder der Gemeinschaften des Forums auf globaler Ebene zusammenbringt.«

Das ist allerdings noch lange nicht alles. Auf der *Website*, der dieser Text entnommen ist, heißt es außerdem: »Diese Initiative baut auf der Arbeit auf, die das Forum im vergangenen Jahr geleistet hat, indem es eine globale Gemeinschaft von Zentralbanken einberufen hat, um einen politischen Rahmen für die Einführung digitaler Währungen mitzugestalten.« [1] Hier erfährt der Leser ganz nebenbei, dass das WEF im Jahr 2019 mit der Zusammenführung der Zentralbanken *de facto* die globale Führung bei der Entwicklung eines der für die Zukunft der Menschheit wichtigsten Projekte übernommen hat.

Aber das ist auch noch nicht alles. Wichtiger als die Entwicklung des neuen Geldes ist nämlich die Art und Weise seiner Einführung. Im Gegensatz zum autoritären China, wo bis zum Sommer 2022 bereits mehr als 260 Millionen Bürger und Unternehmen ein digitales Zentralbankkonto in Form einer *Wallet* akzeptiert hatten, dürfte ein solches Projekt unter parlamentarischen Verhältnissen wohl nur gegen erheblichen sozialen Widerstand durchzusetzen sein. Kein Wunder also, dass im Hintergrund auch hier hektisch nach Lösungen gesucht und mittlerweile eine vermeintliche Lösung gefunden wurde: das universelle Grundeinkommen.

Es sieht vor, dass jeder Bürger – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche staatliche finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Und auch hier steht das WEF seit über zwei Jahren mit an vorderster Front. Auf seiner Website schrieb es bereits am 17. April 2020: »Universelles Grundeinkommen ist die Antwort auf die von Covid-19 aufgedeckten Ungleichheiten.« [2]

Interessanterweise gibt das WEF im Zuge desselben Artikels zu, dass es um die Probleme weiß: »Die Neinsager – und davon gibt es viele – werden darauf hinweisen, dass das nicht funktionieren wird, weil es sich kein Land leisten kann, regelmäßig Geld an alle Bürger zu verteilen. Sie werden argumentieren, dass wir unhaltbare Defizite haben werden, die nicht finanziert werden können.« Genau das ist der Fall.

Das WEF aber argumentiert folgendermaßen weiter: »Dies ist eine berechtigte Sorge. Aber die Alternative – die Auswirkungen von Covid-19 nicht ernsthaft anzugehen – wird zu einem noch stärkeren Anstieg der Ungleichheit führen und die sozialen Spannungen verstärken, was die Regierungen noch mehr kosten und die Länder einem erhöhten Risiko gesellschaftlicher Konflikte aussetzen würde.«

### VORSÄTZLICH VON EINER KRISE IN DIE NÄCHSTE

Hier wird im Grunde offen zugegeben, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist, man aber wider alle Vernunft daran festhält – aus Gründen, die austauschbar sind: Es könnte Covid-19, aber ebenso gut der Klimawandel, eine Energiekrise oder ein Krieg sein. Das ist mehr als enthüllend, denn es macht klar, warum die Welt spätestens seit 2020 mit Hilfe des WEF und der von ihm herangezüchteten politischen Kräfte vorsätzlich von einer Krise in die nächste geführt wird: Man braucht diese Krisen, um die Einführung des universellen Grundeinkommens voranzutreiben.

Die wichtigsten Zentralbanken der Welt, die Fed, die EZB und die Bank of England, werden übrigens von BlackRock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, beraten und sind von dessen Datenanalysesystem Aladdin abhängig. Da ist es für das Projekt – insbesondere, was Europa betrifft – doch nur förderlich, dass BlackRock-Chef Larry Fink und EZB-Chefin Christine Lagarde zusammen mit Klaus Schwab im höchsten Gremium des WEF sitzen.

Ernst Wolff ist Karriereverweigerer aus der hohen Finanzbranche, heute Buchautor und Journalist. Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Portal für Qualitätsjournalismus *apolut.net*. Wir danken Autor und Redaktion für das Recht zur Veröffentlichung dieses Beitrags.

Fußnoten: [1] *https://www.weforum.org/press/2020/01/governing-the-coin-world-economic-forum-announces-global-consortium-for-digital-currency-governance/*; [2] *https://www.weforum.org/agenda/2020/04/covid-19-universal-basic-income-social-inequality/*



»DIE DW-SUPER-ILLU«
Wird die D-Mark wieder aktuell? – Das alte Sprichwort »nur Bares ist Wahres« mag vielleicht nicht immer stimmen. Fakt ist jedoch, dass ein zentralistisches Digitalgeldsystem nur mit totalitärem Wahn einhergehen kann. Das Volk steht auch dagegen auf.
Titelcollage und Collage Seite 9: DW/Ute Feuerstacke und Anselm Lenz



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

## UNSER MANN IN WARSCHAU

**WOLFGANG GREULICH BERICHTET VON SEINER OSTEUROPAREISE. ZULETZT WAR ER IN WARSCHAU.**

DW: Herr Greulich, welche Stimmung haben Sie in Warschau erfahren bezüglich des Krieges um Osteuropa?

Wolfgang Greulich: Ich habe in Warschau eine überwiegend gewohnte, zivilisierte Stimmung wahrgenommen. Aber eine deutlich erhöhte Militärpräsenz. Auch im Hotel waren viele Menschen eingebucht, die man eindeutig dem Militär zuordnen konnte. Ich war nur eine Nacht in Warschau. Die Gespräche, die ich dort geführt habe, fielen alle unmilitärisch aus. Ich konnte auch keine Angst, Panik oder Kriegsbegeisterung bei Menschen wahrnehmen. Ich habe übrigens auch gar keine blau-gelben Nationalfahnen der Ukraine in Warschau wahrgenommen. Aber viele ukrainische Nummernschilder auf den Straßen, sehr viele.

DW: Sie hatten zuvor die Reise nach Kiew angetreten, um sich ein eigenes Bild zu machen. Sie berichteten davon bereits in #DW108. Wie verlief Ihre Abreise aus Kiew?

W.G.: Der Abreisetag war dadurch geprägt, das am Morgen ein Fliegeralarm begann, der die Abreise verzögerte. Wir verbrachten eine Stunde im Luftschutzbunker. Dann auf den Straßen: Militärpräsenz an jeder Brücke, überall Posten aufgebaut und Militärfahrzeuge. An der Grenze zu Polen dann ein kilometerlanger Stau. Schwieriger Kontakt an der Grenze, über einen Tag waren wir mit der Ausreise beschäftigt. Ebenso die Einreise nach Polen fand mit mehrstufigen Kontrollen statt. Ab dem Zeitpunkt, ab dem jemand erstmal deinen Pass in die Hand nimmt, dauerte es jeweils eine Stunde.

DW: Gut, dass Sie heil nach Hause kommen. Noch ein Blick zurück auf Kiew?

W.G.: Die grundlegende Stimmung in Kiew unter den Zivilisten war sehr friedlich, trotz des Krieges, der ja überwiegend in den besetzten Gebieten, also östlich, stattfindet. Bis zu dem Moment mit der Sprengung der Krimbrücke habe ich gar keine Kriegsituation in Kiew wahrgenommen. Es ist eine schöne Stadt, auch kulinarisch gut, normales Leben. Aber an einem Montagmorgen begann dann das Bombardement Kiews als Reaktion auf den Vorfall mit der Krimbrücke, nehme ich an. Das hieß für uns: Sechs Stunden im Luftschutzkeller. Ich versuche bei allem einfach nur wiederzugeben, was ich erlebt habe und beziehe keine mutmaßende Position.

DW: Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus Ihrer Osteuropareise?

Ich habe erlebt, dass wir alle belogen werden, in der Ukraine werden die Leute so belogen, wie man es in der Ukraine braucht, in Deutschland so, wie mans in Deutschland braucht. Die Medien spielen auf allen Seiten eine fatale Rolle, die *Mainstream*-Medien sind das Problem. Es ist extrem wichtig, dass man sich selber schlau macht und den Medien nicht glaubt. Auch zum Beispiel beim Kurzbriefdienst Telegram sollte man misstrauisch sein. Es gibt niemals nur eine Seite und auch wir müssen aufpassen und offen bleiben.

DW: Sprung nach Stammheim: Der Bürgerrechtler Michael Ballweg sitzt seit Ende Juni widerrechtlich in Haft. Wie soll das weitergehen?

W.G.: Ich gehe mal davon aus, dass sie diese rechtswidrige Inhaftierung nicht mehr lange aufrechterhalten können. Es ist wichtig, dass eine absolut qualifizierte Strafverteidigung stattfindet, ohne jedes Heldentum, um das zu widerlegen, was der Staat nicht beweisen kann.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

# »Weg von der bislang geführten lobbykonformen Panikpolitik!«

**DW-INTERVIEW** ***mit dem Evidenzmediziner Dr. Andreas Sönnichsen***
Von Alexandra Motschmann



ÖÄK
ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

**325/ 2021 Rundschreiben**

*Ergeht per E-Mail an:*
- alle Präsidenten und Vizepräsidenten der Landesärztekammern
- alle Mitglieder der ÖÄK-Vollversammlung
- alle Landesärztekammern
- den Obmann und die Stellvertreter der Bundeskurie angestellte Ärzte
- den Obmann und die Stellvertreter der Bundeskurie niedergelassene Ärzte
- den Obmann der Bundessektion Ärzte für Allgemeinmedizin und approbierte Ärzte
- den geschäftsführenden Obmann der Bundessektion Fachärzte sowie die drei Bundessprecher
- die Vorsitzenden der Ausbildungskommission und des Bildungsausschusses
- den Obmann der Bundessektion Turnusärzte
- die Geschäftsführer von Akademie, ÖQMED und Verlag

Wien, 02.12.2021
Mag.Sch/gh

**Betrifft: Beratung von Patientinnen/Patienten iZshg mit der COVID-19-Schutzimpfung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Österreichische Ärztekammer darf aus gegebenem Anlass auf Folgendes hinweisen:

Ärztinnen und Ärzte sind auf Grundlage des Ärztegesetzes 1998 im Rahmen der Einhaltung ihrer Berufspflichten ua verpflichtet, jeden von ihnen in ärztliche Beratung oder Behandlung übernommenen Gesunden und Kranken ohne Unterschied der Person gewissenhaft zu betreuen. Darüber hinaus ist nach Maßgabe der ärztlichen Wissenschaft und Erfahrung das Wohl der Kranken und der Schutz der Gesunden zu wahren.

Ärztinnen/Ärzte haben sich zudem jeder Information zu enthalten, wenn diese wissenschaftlichen Erkenntnissen oder medizinischen Erfahrungen widerspricht, oder nicht den Tatsachen entspricht.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Pandemie darf klargestellt werden, dass es derzeit aufgrund der vorliegenden Datenlage aus wissenschaftlicher Sicht und unter Hinweis auf diesbezügliche Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums grundsätzlich keinen Grund gibt, Patientinnen/Patienten von einer Impfung gegen COVID-19 abzuraten.

Einzig medizinische und wissenschaftlich belegte Gründe, wie bspw eine Allergie gegen den Impfstoff, können gegen eine COVID-19-Schutzimpfung sprechen, wobei auch hier auf die Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums hinzuweisen ist und eine Nutzen-Risiko-Abwägung zu erfolgen hat.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass eine allfällige Verletzung einer Berufspflicht in diesem Zusammenhang durch die Disziplinarorgane der Österreichischen Ärztekammer geprüft wird und bei Feststellung einer solchen dies entsprechend sanktioniert wird.

Mit freundlichen Grüßen

a.o. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres
Präsident

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Weihburggasse 10–12, A-1010 Wien, Austria, Tel.: +43 (1) 51406-3000, Fax: 3042 Dw, post@aerztekammer.at, www.aerztekammer.at
DVR: 0057746, IBAN: AT91 1813 0500 0112 0000, BIC: BWFBATW1, Österreichische Ärzte- und Apothekerbank AG, Wien

Dr. Thomas Szekeres, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, mit seinem Rundschreiben mit der Nummer 325/2021 vom 2. Dezember 2021. Quelle: www.universimed.com

Offener Brief von „Ärzte stehen auf“

**Ärzte stehen auf**
i.V. Dr. M. Resch
Rehbühlstr. 106

92637 Weiden

**An die Abgeordneten des Bundestags**
**An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**13. Dezember 2021**

**Nachrichtlich an:**

- die Gesundheitsminister von Bund und Ländern
- Deutscher Ethikrat Geschäftsstelle Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin
- Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien
- Pressestelle der Bundesärztekammer, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin
- Pressestelle der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin
- Deutsche Presse-Agentur, Markgrafenstr. 20, 10969 Berlin
- außerdem an: die Zeit, Süddeutsche, Welt, Handelsblatt, FAZ, Frankfurter Rundschau, taz, BILD, Neue Züricher Zeitung (NZZ), multipolar, NachDenkSeiten

Offener Brief

**Geringer Nutzen und noch unklare Risiken durch die COVID-Impfungen**

Sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass unsere Gesellschaft in gegen-COVID- Geimpfte und Ungeimpfte gespalten wird und dass auf Ungeimpfte ein wachsender Druck ausgeübt wird, sich impfen zu lassen.

Wir fordern die Regierung auf, dieser Spaltung Einhalt zu gebieten und alle direkten und indirekten Zwangsmaßnahmen mit dem Ziel einer Impfung von bisher Ungeimpften nicht nur einzustellen, sondern aktiv zu unterbinden.

Im Folgenden legen wir dar, warum ein wie auch immer gearteter Zwang oder Druck, sich impfen zu lassen, weder gerechtfertigt noch ethisch vertretbar ist.

Brief von Dr. Andreas Sönnichsen mit 400 Ärzten. Quelle: https://aerzte-stehen-auf.de/offener-brief/

**DW: Danke für das Anbieten des »Dus«. Du hattest mir erzählt, dass Du gleich zu Beginn der Pandemie Deine Bedenken hinsichtlich der Vorgehensweisen beider Regierungen hattest, sowohl der von Deutschland als auch der von Österreich (Seite 8 dieser Ausgabe). Jetzt haben Du und viele andere Mediziner einen Brief an den Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer geschickt. Kann das der Anlass Deiner Suspendierung von der Medizinischen Universität Wien sein? Und warum habt Ihr diese Briefe verfasst?**

A.S.: Das Folgende muss ich präzise formulieren: In Österreich hat Universitätsprofessor Dr. Thomas Szekeres, Präsident der österreichischen Ärztekammer, mit seinem Rundschreiben mit der Nummer 325/2021 vom 2. Dezember 2021 gegen die Grundprinzipien der evidenzbasierten Medizin und der ärztlichen Behandlungsfreiheit verstoßen und gewissenhaft arbeitenden Kolleginnen und Kollegen pauschal Disziplinarstrafen angedroht. Er hat in dem Schreiben festgelegt, wie seiner Meinung nach ärztliche Berufspflicht zu definieren ist. Wenn ein Ärztekammerpräsident so agiert, verlieren wir bei unseren Patientinnen und Patienten unsere Glaub- und Vertrauenswürdigkeit.

Wir haben als Ärztinnen und Ärzte gelobt, unsere Patientinnen und Patienten – seien es Kranke, die um Hilfe suchen, oder Gesunde, die zur Beratung kommen, – nach bestem Wissen und Gewissen umfassend und ausgewogen zu beraten. Der Präsident der österreichischen Ärztekammer kann solch einen Brief nicht verfassen. Er hat dem Ansehen und dem Selbstverständnis der Ärzteschaft durch sein Schreiben nachhaltigen Schaden zugefügt. Wir haben ihn aufgefordert, sein Schreiben öffentlich zu widerrufen oder als Kammerpräsident umgehend zurückzutreten.

**DW: Das ist eine klare Ansage. Wahrscheinlich hat Dich deswegen die Medizinische Universität Wien suspendiert?**

A.S.: Offiziell stand nichts von dem Brief in dem Suspendierungsschreiben. Die Universität hat sich während der Coronakrise immer wieder von mir distanziert, aber es ist einem Professor natürlich erlaubt, seine Meinung zu sagen, das betonen sie ja ständig. Das zeitliche Zusammentreffen von Umständen ist natürlich schon interessant und lässt vermuten, dass hier ein Zusammenhang zwischen Brief an den Ärztekammerpräsidenten und der Suspendierung besteht. Auf allen Ebenen ist hier durch die Coronakrise eine wissenschaftliche Absurdität zu erkennen. Es ist unglaublich, was auch unser Vorsitzender des Weltärztebundes Frank Ulrich Montgomery behauptet hat. Er vergleicht Corona mit Ebola, dies ist ein inadäquater Vergleich.

Bei Ebola sterben 50 bis 80 Prozent der Menschen, die infiziert sind. Bei Corona sind es 0,15 Prozent. Hätten wir eine weltweite Pandemie wie Ebola und einen Impfstoff wie den jetzigen Corona-Impfstoff, dann würden sich sicherlich viele sofort impfen lassen. Ich glaube, wir bräuchten keine Zwangsimpfung. Man muss hier die Relationen sehen. Wir haben bei Covid eine Erkrankung, die dem Großteil der Menschen nichts tut, es ist ein banaler grippaler Infekt, den viele asymptomatisch durchlaufen, wie bei Kindern, deswegen ist es absolut inadäquat, diese Impfungen besonders bei Kindern durchzuführen. Das Ganze zeigt auch die Vernunftwidrigkeit, denn wenn ich eine Impfung zwangsmäßig machen muss, weil es angeblich alternativlos ist, dann zeigt das, dass die Datenlage nicht eindeutig ist, sonst würde sich ja jeder gerne impfen lassen.

**DW: Und was habt ihr als »Ärzte stehen auf« an die deutsche Regierung geschrieben?**

A.S.: Wir haben die Abgeordneten am 13. Dezember 2021 darauf hingewiesen, dass alle direkten und indirekten Zwangsmaßnahmen mit dem Ziel einer Impfung von bisher Ungeimpften nicht nur einzustellen, sondern aktiv zu unterbinden sind, um damit auch dieser Spaltung Einhalt zu gebieten. Weiterhin haben wir die Effektivität der Impfungen zum Schutz vor einer schweren Covid-19-Erkrankung dargestellt, wie zum Beispiel absolute Risikoreduktion. Dies liegt bei nur 0,025 Prozent beträgt. Zusätzlich die Ineffektivität der Impfstoffe gegen Sars-Cov-2-Mutanten im zeitlichen Verlauf, denn wie effektiv ist die Impfung und Boosterung hinsichtlich neu auftretender Varianten wie Omikron? Wo ist die Nutzen-Schaden-Bilanz der Covid-19-Impfstoffe?

Bei geimpften Kindern und Jugendlichen treten wahrscheinlich häufiger Herzmuskelentzündungen auf, als bei geimpften Erwachsenen. Die Impfung von Kindern und Jugendlichen muss sofort gestoppt werden. Diese Diskriminierung von Ungeimpften und die Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften im öffentlichen Leben, am Arbeitsplatz und in Schulen sowie Kindergärten ist inakzeptabel. Wir müssen weg von der bislang geführten lobbykonformen Panikpolitik, die sowohl gezielt wissenschaftliche Tatsachen ignoriert als auch die freiheitlich-demokratischen Grundwerte mit Füßen tritt!

**DW: Und dieses Schreiben wurde von circa 400 Medizinern und Medizinerinnen unterzeichnet. Wir danken für das Gespräch!**

*Die Fragen stellte Alexandra Motschmann. Ein erstes Gespräch mit Dr. Andreas Sönnichsen finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.*




Demonstration in Port-au-Prince am Mittwoch, 26. Oktober 2022, am Sonntag zuvor waren US-Invasionstruppen am Tussant-Louverture-Flughafen entladen worden. Haiti hatte 2021 mit einer Injektionsquote von 1,4 Prozent die geringste weltweit und trotz der schwierigen politischen Lage zugleich die allergeringste Covid-Infektions- und Sterberate. Foto: Pierre Richain

# Haiti im Widerstand

***Seit Wochen erschüttern schwere Unruhen das kleine Land in der Karibik.***

BERICHT **Von Felix Feistel**

**Nicht nur in Europa und dem Iran gibt es seit einiger Zeit vermehrt Proteste, Aufstände und Unruhen. Auch in dem vergleichsweise kleinen Karibikland Haiti begehrt die Bevölkerung auf, seit die Regierung am 11. September 2022 die Subventionierung von Benzin beendet und damit eine Erhöhung des Benzinpreises um 100 Prozent beschlossen hat.**

Als Reaktion auf Proteste haben bewaffnete Gruppen, angeführt von dem ehemaligen Polizeioffizier Jimmy Chérizier, große Teile der Hauptstadt Port-au-Prince übernommen, die Varreux-Erdölraffinerie blockiert und ein Lebensmittellager einer UN-Mission ging in Flammen auf. Durch die Blockade der Raffinerie, welche den größten Teil des verarbeiteten Rohöls des Landes bereitstellt, hat sich die humanitäre Situation des Landes binnen kurzer Zeit drastisch verschlechtert. Die Vereinten Nationen berichten von einem Choleraausbruch aufgrund des dreckigen Trinkwassers, das normalerweise in den lokalen Läden gereinigt wird. Dies kann aufgrund des Mangels an Öl nicht mehr gemacht werden. Zudem gibt es eine allgemeine Verschlechterung der Ernährungssituation. Krankenhäuser mussten entweder schließen, oder können ihre Versorgung nur teilweise sicherstellen.

So verlieh das Volk seinem Überdruss gegenüber der korrupten Regierung Ausdruck. Der Ministerpräsident Ariel Henry, der zugleich Staatspräsident des Landes ist, kam in einem fragwürdigen Verfahren an die Macht. Zunächst am 5. Juli 2021 von seinem Vorgänger Jovenel Moïse zum Nachfolger ernannt, geriet die Machtübergabe durch den Mord an Moïse ins Stocken. Es folgte eine chaotische Phase, in welcher der amtierende Permierminister, Claude Joseph, mithilfe des Militärs die Macht übernahm, und am 20. Juli Henry zum Premierminister machte. Wenig später gab es Hinweise darauf, dass Henry selbst in die Ermordung seines Vorgängers verwickelt gewesen sein könnte. Begleitet wurde diese Phase von bewaffneten Banden, die bis weit in den Herbst hinein die Straßen regierten. Henry wird eine Nähe zu diesen bewaffneten Banden nachgesagt, die seine Macht absichern und er gilt, ebenso wie weite Teile der Regierung, als korrupt. Unterstützung erhält er von der US-amerikanischen Regierung, die seine Machtübernahme begrüßte.

### HENRY MIT US-MAFIA VERBANDELT

Zudem ist Henry mit der örtlichen Oligarchie verwoben. Aufgrund des fragwürdigen Prozesses der Machtübernahme und seiner mutmaßlichen Verwicklung in den Mord seines Vorgängers wird ihm die Legitimität abgesprochen, und die Haitianer erkennen ihn nicht als ihren eigentlichen Regierungschef an. Seit seiner Machtübernahme protestiert die Bevölkerung gegen ihn und verlangt seinen Rücktritt. Ein Bündnis aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Oppositionellen (»Montana-Abkommen«), gründete sich mit dem Ziel, Wahlen zu veranstalten. Diese wurden im Januar 2022 durchgeführt, doch Henry weigerte sich, die Macht abzugeben. Daraufhin verschärfte sich die politische Situation des Landes erneut. Das führte schließlich zu politischen Verhandlungen, die von einer Mission der UN unterstützt wurden, um einen Kompromiss zwischen der Regierung und der Opposition auszuhandeln. Der daraufhin zustandegekommene Vertrag wurde jedoch nie unterzeichnet. Er hätte dazu geführt, dass Henry im Amt bleibt und ihm lediglich den Anschein der Legitimation verlieh.

Henry ist der Kandidat der USA und der »internationalen Gemeinschaft«. Korrupt, verwoben mit der Oligarchie und abhängig vom Wohlwollen Washingtons ist er eine perfekte Marionette, um den US-amerikanischen Einfluss auf Haiti abzusichern. Auch die vor Ort aktive UN-Mission dient vorrangig diesem Zweck, die Bevölkerung in Abhängigkeit von internationalen Lebensmittellieferungen zu halten. An der Situation der verarmten Bevölkerung ändert die internationale Gemeinschaft nichts. Zudem lebt ein großer Teil der Bevölkerung in ständiger Angst. Denn die mit der Politik und Oligarchie in Verbindung stehenden, bewaffneten konkurrierenden Banden, können in vielen Teilen des Landes nach Belieben agieren, sodass Überfälle und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind.

Die jüngsten Proteste gewannen an Schärfe, als Henry am 6. Oktober ein Eingreifen internationaler Truppen ins Spiel brachte.



Bild aus dem Mitschnitt der Ermordung des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse vor dessen Haus in Port-au-Prince am 21. Juli 2021. Foto: Rebecca Rambar

Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, unterstützte das Ansinnen einer bewaffneten Intervention und wandte sich an die Generalversammlung, sowie an den UNO-Sicherheitsrat mit der Bitte, diesem Wunsch nachzukommen. Die USA brachten daraufhin einen Resolutionsentwurf in die Generalversammlung der UN ein, welche Sanktionen von Einzelpersonen, einen Bann von Waffenlieferungen in das Land, sowie das Einfrieren von Auslandskonten vorsah. Dieser Entwurf wurde am 21. Oktober in der Generalversammlung angenommen. Gemeinsam mit Mexiko arbeiten die USA an einem weiteren Entwurf einer humanitären Mission, außerhalb der UNO.

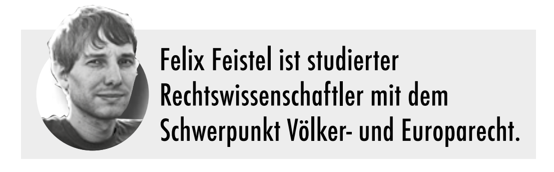
Zwar haben die USA schon 2004 in Haiti militärisch interveniert, und einen Regierungsputsch gestützt, sowie das Land bis 2017 militärisch besetzt. Dabei wurden tausende Haitianer getötet und Menschenrechtsverbrechen begangen. Auch die Cholera wurde erst durch die ausländischen Soldaten in das Land gebracht. Doch die Biden-Administration ist einer erneuten militärischen Intervention so kurz vor den sogenannten Mid-Term-Wahlen zum US-Kongress im November eher abgeneigt. Ein weiterer Grund für die Absage der Militärintervention der USA könnte auch die Warnung des ehemaligen Botschafters der USA in Haiti, Dan Foote, sein, der im Falle einer Intervention eine Katastrophe voraussagte.

### BEVÖLKERUNG MACHT USA DIREKT VERANTWORTLICH

Stattdessen versucht die Biden-Administration sich Zeit zu verschaffen mit der Drohung von Sanktionen, die jetzt wohl auch umgesetzt werden. Diese richten sich den Angaben des Seniordirektors des US-amerikanischen nationalen Sicherheitsrates für die westliche Hemisphäre, Juan Gonzalez, zufolge gegen Geldgeber der Proteste, die oftmals gar nicht in Haiti wohnten, sondern Menschen für die Aufstände bezahlten. Zudem ließ die US-Administration durchblicken, dass sie auf der Suche nach anderen Ländern ist, welche die Militärintervention durchführen könnten.

Die jüngste Unruhen sind lediglich ein neues Aufflammen des langen Kampfes der Bevölkerung gegen ein neokoloniales System, das die USA in dem Land etabliert haben. Dieses hält die Bevölkerung in Armut, die Regierungen abhängig von Washington und leistet der Bandengewalt in dem Land Vorschub. Fast die Hälfte der 11,4 Millionen Einwohner hat keinen gesicherten Zugang zu Nahrungsmitteln oder sauberem Trinkwasser. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent. Ein großer Teil der Bevölkerung macht die USA direkt für die Missstände im Land verantwortlich, und so richten sich die Proteste auch gegen eine US-amerikanische Intervention, sowie jede andere Form der Einflussnahme.

Fußnoten: *https://thetricontinental.org/newsletterissue/haiti-insurrection-military-intervention/; https://www.nachdenkseiten.de/?p=89230; https://www.counterpunch.org/2022/10/17/de-facto-haitian-authorities-call-for-another-foreign-military-intervention/; https://press.un.org/en/2022/sc15073.doc.htm; https://de.wikipedia.org/wiki/Accord_de_Montana;https://theintercept.com/2022/10/19/haiti-armed-intervention-dan-foote-interview/*



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

## MELDUNG

### LULA DA SILVA KEHRT ZURÜCK?

Brasilia/DW. Bei den Vorwahlen zur Präsidentschaft in Brasilien am Sonnatag hat sich der frühere Amtsträger Luiz Lula da Silva gegen den amtierenden Präsidenten Jaír Bolsonaro zunächst durchgesetzt. Auf Lula da Silva entfielen 48 Prozent, auf Bolsonaro 43 Prozent der abgegebenen Stimmen. Unter Lula da Silva waren ab 2003 in Brasilien Elend und Armut messbar stark verringert worden, unter anderem durch dein Eine-Million-Häuser-Programm. Zudem stieg Brasilien wirtschaftlich auf und wurde zur BRICS-Nation im Verbund mit Russland. Ab 2017 wurde Lula da Silva in ein fingiertes Gerichtsverfahren involviert und zu 12 Jahren Haftstrafe verurteilt, was international unter heftiger Kritik steht. Der »rechte« Gegenkandidat Bolsonaro gilt ebenfalls als im Volk sehr beliebt, zumal er die Coronalüge teilweise bloßstellte. (ale)

# Nicht mehr »Corona«...

**Es ist Ende Oktober 2022, und in den öffentlichen Verkehrsmitteln Wiens gilt immer noch die »Maskenpflicht«, im Gegensatz zum Rest des Landes, wo sie seit 1. Juni weitgehend ausgesetzt wurde.**

Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) ist stolz auf diesen tapferen Alleingang, den er den »Wiener Weg« nennt. Eine skurrile Folge davon ist, dass man in der Bahn von Niederösterreich nach Wien per Durchsage daran erinnert wird, dass ab der Stadtgrenze die Maskenpflicht gilt und man sich entsprechend zu verhalten habe. In manchen Wiener Linien ertönt in jeder Station von Neuem die weibliche Lautsprecherstimme aus der Tonkonserve: »Liebe Fahrgäste! Bedecken Sie Mund und Nase mit einer FFP2-Maske!« Ein »Bitte« hinzuzufügen, hat man offenbar nicht für notwendig gehalten.



### »VON MAULKORBGESICHTERN ANGEGLOTZT«

Dieses gebetsmühlenartige, an eine Gehirnwäsche erinnernde Mantra, wird anschließend auf Englisch und seit einiger Zeit auch auf Ukrainisch und in anderen Sprachen wiederholt. Der Denk- und Verhaltenssteuerung dienen auch die Bildschirme in den Wiener Straßenbahnen, die pausenlos die Propaganda *du jour* in die Köpfe der Fahrgäste gießen. Die »Bims« selbst werden seit geraumer Zeit zu fahrenden ideologischen Werbeflächen gestaltet, bemalt in den ukrainischen Landesfarben, beflaggt mit Regenbogenfahnen oder beschriftet mit Impfaufforderungen.

Besucher aus anderen Bundesländern, die bereits fast vollständig zur Normalität zurückgekehrt sind, sind oft überrascht, dass sie in Wien weiterhin von normierten Maulkorbgesichtern angeglotzt werden. Das Covid-Regime hat in der Hauptstadt wie in einem Biotop oder Naturschutzpark überlebt. Allerdings ist auch die öffentliche Nötigung schwächer geworden. Kontrolleure tauchen nur mehr selten auf, und seit etwa zwei Monaten haben angesichts der steigenden Zahl von Maskenfreien auch die selbsternannten Blockwarte kapituliert. Dieser Typus ist nämlich notorisch feige: Es genügen lediglich zwei, drei Personen ohne Gesichtskübel pro Abteil, und sie wagen es nicht mehr, den Mund aufzumachen.

Wenn man heute in Wien mit der Straßenbahn, dem Bus oder der U-Bahn unterwegs ist, dann findet sich in der Regel immer mindestens eine Person, die »verweigert«, entweder durch loses Tragen oder komplette Abwesenheit des »Mund-Nasen-Schutzes«. Zu späteren Tageszeiten sind es bereits etliche mehr, vor allem Jugendliche, die häufig maskenfrei in Gruppen beisammen stehen,



Abb.: 1



Abb.: 2

Blick zurück nach Wien, 3. Januar 2022. Nach tyrannischer Regierungspolitik: Die politis
versucht, die Wiener einzukesseln. Daraufhin kesselt Wien die Polizei ein (Bild 1). Eine J
steigt über der Szenerie auf (Bild 2). Die Freiheit führt das Volk (Bild 3, Schnappschüsse mit T
Video liegt unter anderem vor via https://t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/ 355

»So sieht ein friedlicher Sieg aus. Nun wäre – in diesem Bild – ein Moment für eine Verfassungse
Versammlung, an der auch die Exekutive teilnehmen darf. Selbstverständlich aber nur zi
zivilisiert und ohne Vorrechte«, so ein DW-Kommentator zu dem wunderbaren Vorgang.

einheimische ebenso wie migrantische. Trotz allem ist das Ausmaß des Mitläufertums und der passiven Fügung immer noch erschreckend hoch. Es scheint eine resignierte Gewöhnung eingesetzt zu haben. Man tut stumpf, was einem gesagt wird.

### MORALISCHES STATUSSYMBOL

Tatsächliche Angst vor dem Virus scheinen indes nur noch wenige zu haben, denn dort, wo man die Maske nicht mehr tragen muss, trägt sie fast niemand mehr. Auch ihre Signalwirkung als moralisches Statussymbol hat an Aussagekraft eingebüßt. Ob es tatsächlich epidemiologisch wirksam ist, das Ding nur selektiv in Öffis, Amtsgebäuden, Apotheken oder Arztpraxen zu tragen, während es in Supermärkten, Restaurants, Bäckereien, Bars, Discos, Cafés, Konzertsälen, Veranstaltungshallen, Fußballplätzen, Bädern, Geschäften, Schulen und anderen Orten, an denen sich Menschen massenhaft versammeln, nicht mehr vorgeschrieben ist – danach fragt schon niemand mehr, ganz zu schweigen nach der Verhältnismäßigkeit des Aufwands.

Man hat sich damit abgefunden, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und das Theater mitzuspielen, das von Anfang an eher Abwehrzaubern oder neurotischen Zwangsritualen statt ernsthaften medizinischen Interventionen geglichen hat. Darüber nachzudenken, ob das noch irgendeinen nachvollziehbaren und logischen Sinn hat, was man zu tun genötigt wird, ist anstrengend und kompliziert. Die »Experten und Expertinnen« werden schon wissen, was sie tun! Einen handfesten Beweis, dass die Maskenpflicht einen nennenswerten Eindämmungseffekt gehabt hätte, konnten sie immer noch nicht liefern, obwohl sie hartnäckig das Gegenteil behaupten, und zwar bloß behaupten. Behörden, Institutionen, Ämtern, Individuen, deren Bedeutung und Aktivismus durch »Corona« gemehrt wurde, fällt es schwer, ihren Sinnstifter »Pandemie« loszulassen; in der Tat hängen viele ihrer Manager, Profiteure, Problemlöser und Hysteriker an ihr wie hungrige Hunde an einem Knochen. Auf diese Weise ist »Corona« zum bürokratischen Selbstläufer geworden, dem der einzelne Bürger praktisch ohnmächtig gegenübersteht.

Als der Herbst herannahte, stellte sich auch in Österreich die Frage, ob Regierung und Medienchor den gleichen Zirkus wie in den beiden Vorjahren wiederholen würden, der darin besteht, Panik vor »steigenden Zahlen« zu schüren, auf die angeblich zwangsläufig mit den üblichen nutzlosen »Maßnahmen« geantwortet werden muss. Die erste Entwarnung kam zu Schulbeginn, als beschlossen wurde, dass Schulkinder bundesweit keine Tests mehr machen und keine Masken mehr tragen müssen. Die zweite Entwarnung kam am 19. Oktober, als Gesundheitsminister Johannes Rauch verkündete, es bestehe »keine Notwendigkeit« für strengere Maßnahmen, also etwa die Wiedereinführung der bundesweiten Maskenpflicht in Öffis und Supermärkten. Darauf erfolgte großes Heulen und Zähneknirschen aus den Reihen einer weiteren Schicht, die von »Corona« keinen Abschied nehmen will, den staatsnahen »Kulturschaffenden« und »Intellektuellen«, von denen stellvertretend die Schriftstellerin Julya Rabinowich zitiert sei, die am 20. Oktober auf Twitter schrieb: »Danke für das auf Schwächere defäkieren. Danke für




Perverse Injektionspropaganda gegen Kinder: Spiel mit Ängsten vor Segregation. Bildschirmfoto von der Seite GemeinsamGeimpft.at, verantwortet durch das Bundeskanzleramt in Wien.

che Polizei
ubelrakete
elefon, das
2).

erneuernde
vil, also re-

# …sondern »Putin«



Abb.: 3

Rücksichtslosigkeit. Danke fürs Ignorieren der ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen.«

Rauch hat sich also bislang einigermaßen wohltuend von seinem deutschen Pendant Lauterbach unterschieden, indem er zumindest keine Ambitionen zeigte, sich auf Teufelkommraus an »die Pandemie« zu klammern. Seine Strategie scheint vielmehr zu sein, sie langsam ausblenden zu lassen, sodass die Regierung ihr Gesicht wahren kann. So wurde schon Ende Juli die Quarantäne für »positiv Getestete« abgeschafft, sofern sie »symptomfrei« seien, und Mitte Oktober kritisierte Rauch das »Starren auf steigende Coronazahlen«: »Man müsse auch die Situation in den Spitälern bei der Entscheidung über Corona-Maßnahmen mit einberechnen, hieß es. Und die sei derzeit noch nicht beunruhigend. Die Abwassertests in Österreich würden belegen, dass bei den Coronazahlen eine ›Plafondbildung‹ stattfinde. Rauch bemerke eine ›beruhigende Tendenz‹« (*heute.at*, 12. Oktober 2022).

So wird langsam das Feld geräumt, während das Gesamtnarrativ wie eine immer dünner werdende Hülle unangetastet bleibt oder zumindest nur sehr behutsam und heimlich korrigiert wird. Das birgt freilich das Risiko, dass die Maschinerie erneut in Gang kommen kann, »sollten die Experten Alarm schlagen« (*Kleine Zeitung*, 5. Oktober 2022). Der nicht nur für die österreichische Regierung peinlichste Teil am Narrativ ist die »Impfung«. Wir erinnern uns nur zu gut an die bedrückende Hysterie, die Ende Oktober letzten Jahres zu steigen begann und die Ende November in einem spalterischen, absurden »*Lockdown* für Ungeimpfte« und in der Ankündigung einer allgemeinen Impfpflicht kulminierte. Zu diesem Zeitpunkt erschien die Gefahr einer nachhaltig totalitären Entwicklung als äußerst real. Die Regierung drohte den Unwilligen mit hohen Geld- oder gar Haftstrafen.

## DYSTOPISCH, ALPTRAUMHAFT, AUFGEHEIZT

Es wurde gezielt Angst geschürt und immenser psychologischer und materieller Druck gegen »Ungeimpfte« aufgebaut. Die Medien hatten jegliche Hemmungen verloren, große Teile der Bevölkerung schienen grenzenlos manipulierbar. Die Atmosphäre im Land war dystopisch, alptraumhaft, angespannt, aufgeheizt, gehässig. Die Proteste auf den Straßen Wiens erreichten einen nie zuvor dagewesenen Grad der Intensität. Die Kavallerie kam bereits im Dezember in Form der »Omikron«-Variante, die sich sehr rasch ausbreitete; im Januar wurden in der Folge zehntausende Menschen in Österreich mit keinen oder nur sehr milden Symptomen in die »Quarantäne« geschickt. Die »Absonderungsbescheide« trudelten dabei zuweilen erst Wochen nach dem amtlich beglaubigten »positiven Test« ein.

Ende Februar verdrängte der russisch-ukrainische Krieg die »Pandemie« abrupt aus den Schlagzeilen. Die neue große Gefahr hieß nicht mehr »Corona«, sondern »Putin«. Nach der Reihe verschwanden die diversen »G«-Regeln und schließlich auch die Maskenpflicht. Gleichzeitig wurde die Massentesterei heruntergefahren. Bald kam auch der Anfang vom Ende der »Impfpflicht«: Im Januar verabschiedet, im Februar in Kraft getreten, bereits im März per Verordnung »ausgesetzt«, wurde sie schließlich im Juni des Jahres ersatzlos abgeschafft. Die Walpurgisnacht war vorbei, aber der Spuk ging auf »sanftere« Art weiter.

Gespenstisch und geradezu anachronistisch, wie ein Relikt aus der Zeit der »G«-Regeln, wirkte die Werbekampagne »Gemeinsam Geimpft« der Bundesregierung, die zu Herbstbeginn lanciert wurde. In ganz Wien waren nun wieder Plakate zu sehen, in denen für die Covid-Impfung geworben wurde, einige davon von ausgesuchter Widerwärtigkeit: »Die beste Freundin treffen. Sicher!«, stand auf einem Plakat, illustriert mit zwei etwa achtjährigen Schulmädchen und einer lächelnden, dem Betrachter direkt ins Auge blickenden jungen Lehrerin. Ein anderes zeigte Jugendliche auf einem Pfadfinder-Camp: »Miteinander eine gute Zeit haben. Sicher!« Eine schwangere Frau, deren Bauch mit einem Ultraschallgerät abgetastet wird: »Für ein gutes Bauchgefühl sorgen!« Oder, besonders heuchlerisch, eine Szene in einer Arztpraxis: »Sich für alle Fragen Zeit nehmen«, unterstrichen mit dem freundlich-offenen Blick einer vor Vertrauenswürdigkeit aus allen Nähten platzenden Ärztin.

In der Welt dieser Werbeplakate gab es kein komplettes Versagen der Impfstoffe (gemessen an ihren Ansprüchen), ebenso wenig wie die noch ungezählten Legionen Impfgeschädigter, darunter viele Todesopfer. Sie wiederholten dieselben diskreditierten Lügen, die vor einem Jahr Millionen Menschen an die vermeintlich rettende Nadel treiben sollten. Als wäre nichts geschehen und als ob er irgendetwas Signifikantes erreicht hätte, brüstete sich Bürgermeister Ludwig weiterhin damit, den »konsequenten härteren Weg gegangen« zu sein und empfahl den »Wiener*innen« sich ihre »Auffrischung« oder »Grundimmunisierung« zu holen, jetzt auch als »Kombi-Impfung gegen Influenza & Corona« (Twitter, 14. Oktober). »Die Pandemie ist nicht vorbei«, so Ludwig (Twitter, 13. Oktober), ohne anzugeben, anhand welcher Kriterien man denn erkennen könne, dass die »Pandemie« »vorbei« sei.

## TRAURIGES ERBE

Am 25. Oktober meldete schließlich *oe24*, dass die »Corona-Herbstwelle« in Österreich »weiter abflaue«. Sowohl »die Neuinfektionen, als auch die Spitalspatienten und die Sieben-Tages-Inzidenz sinken weiter«. Der »Wiener Weg« wird dieses Wunder kaum bewirkt haben, denn im Bereich der »höchsten Sieben-Tage-Inzidenz« lag Wien zu diesem Zeitpunkt als einziges Bundesland mit nennenswerten »Maßnahmen« auf dem Mittelwert von Platz sechs (von neun). Das Land mit der höchsten »Schutzrate« (so nennt man mittlerweile die Impfquote), Burgenland mit 65,5 Prozent, befand sich übrigens auf Platz 3. Wäre es nun nicht endlich an der Zeit, das müßige Spiel des »Infektionen«-Zählens zu beenden?

Am 5. Oktober musste auch der linksliberale *Standard* zugeben, dass nur mehr ein knappes »Fünftel aller Corona-positiven Fälle im Spital mit Covid-19-Symptomatik eingeliefert« werde, was bedeute, dass »beim überwiegenden Großteil der positiven Covid-Fälle in den Spitälern Corona ›nur‹ eine Nebendiagnose darstellt«. Nun: Wer das Pandemiemanagement von Anfang an kritisch verfolgt hat, weiß, dass es sich nicht erst seit diesem Jahr auf »gestreckte«, kontext- und bedeutungslose Zahlen berufen hat. So oder so operiert »Corona« in Österreich nur mehr im Zombiemodus, wird aufrechterhalten wie eine schlechte Gewohnheit, die man schon halb aufgegeben hat, von der man aber nicht so recht lassen will. Die Scharade wird sich vermutlich bald totgelaufen haben, und es wird angesichts der Energiekrise und der laufenden Inflation und Preisteuerung nicht mehr lange dauern, bis die Bevölkerung ganz andere Sorgen haben wird, als einen mittelmäßigen, grippeähnlichen Virus.

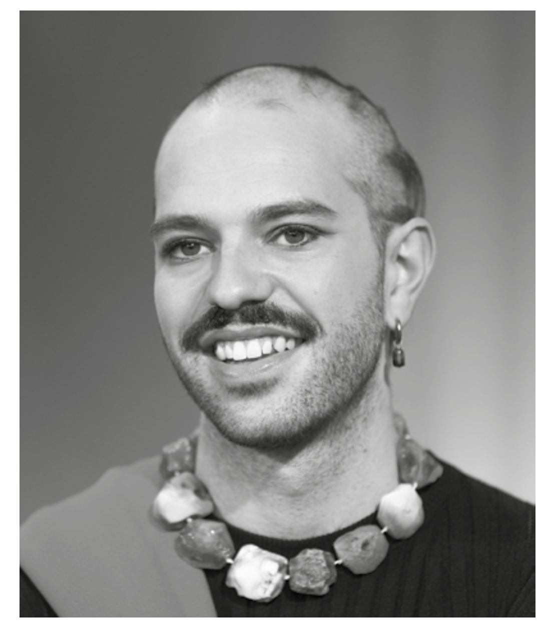
Andere, ebenfalls medial und politisch »gemachte« Ängste haben es in den Schatten gestellt: Angst vor »Putin«, vor dem »Klimawandel«, vor dem Atomkrieg, vor Hunger und Kälte im Winter, vor Bankrott und Arbeitslosigkeit. Was wohl nicht so schnell verschwinden wird, sind die Konditionierungen, die die Pandemiepolitik in den Köpfen hinterlassen hat, die Gewöhnung an einen manipulativen Herrschaftsstil, der die »Wahrheit« setzt, wie sie ihm gerade in den Kram passt, und die Beherrschten zu einem irrationalen Verhalten nötigt, das die wenigsten hinterfragen wollen und können. Dieses Erbe wird das eigentliche »Long Covid« sein.



**Martin Lichtmesz, Jahrgang 1976, lebt in Wien und ist Schriftsteller, Journalist und Übersetzer. Zuletzt erschien sein Werk »Bevölkerungsaustausch und Great Reset«.**

# Auf Wiedersehen, deutsche Buchverlage

KOMMENTAR von Paul Brandenburg



»Bei der Buchpreisverleihung in Frankfurt am Main bedankte sich die kunstschaffende Person bei ihrer Mutter mit einer Liebeserklärung, sang *a cappella* das Lied »Nightcall« von Kavinsky und rasierte sich als Zeichen der Solidarität mit den protestierenden Frauen im Iran (›Dieser Preis ist nicht nur für mich‹) die Haupthaare«, so das politisch verbrämte Online-Nachschlagewerk Wikipedia. Foto: CC/Harald Krichel

**Im Alter um zwei, meint Sigmund Freud, gewinnen Kinder Lust durch Zurückhalten ihres Stuhlganges.**

Diese Zeit der Fixierung auf den Schließmuskel bezeichnet Freud als anale Phase. Im Alter um zwei, das wissen Eltern auch ohne Freud, haben Kinder zudem Freude an Neologismen, Reimen und dem Brabbeln von allerlei Zusammenhangslosigkeiten. Echte Sprachfähigkeiten jedoch fehlen ihnen. Das Zusammenfallen dieser Eigenschaften beschreibt erschöpfend auch das Werk »Blutbuch« des Berner Autors Kim de l'Horizon. Es wurde dennoch mit dem Deutschen Buchpreis 2022 ausgezeichnet. Über diese Tatsache gerieten Rezensenten entweder in Extase (so Marie-Luise Goldmann von der *Welt*) oder Wut (unter anderem Kai Riebmann bei *Reitschuster*). Allerdings scheinen beide Extreme kaum gerechtfertigt.

Angebracht wäre neben einem Glückwunsch für den Selbstdarsteller Kim vielmehr Mitleid für die Verlagsbranche. Auf über 300 Seiten breitet deren Preisträger im »Blutbuch« alle Aspekte seiner Paraphilie aus. Er unternimmt dies mit dem Wortschatz eines 32-jährigen, aber dem Satzbau eines Kleinkindes. Wie ein solches ergötzt H. sich an eigenen Neologismen, einfachsten Reimen und Homonymen. Die Tatsache, dass das französische Wort für Mutter (mère) wie das deutsche Meer klingt scheint ihm von tiefer Bedeutung. Er feiert seine Fixierung auf den eigenen Enddarm und seinen Wunsch, dass andere Menschen in diesem etwas »hinterlassen« mögen. Andere Einsichten als in die Banalität dieser Präferenzen hat H. nicht zu bieten – sich selbst vermutlich ebenso wenig wie dem Leser. Wenn H. also behauptet, er sei »eine Zeugin für diese Zeit und diesen Körper« ist das erste so größenwahnsinnig wie das letztere trivial. H.s Sprache ist so lebensfern wie seine Figur. Sie ist weder »meisterhaft«, wie Goldmann schreibt, noch eine »Vergewaltigung« des Deutschen, wie Riebmann sie dem Preisträger vorwirft.

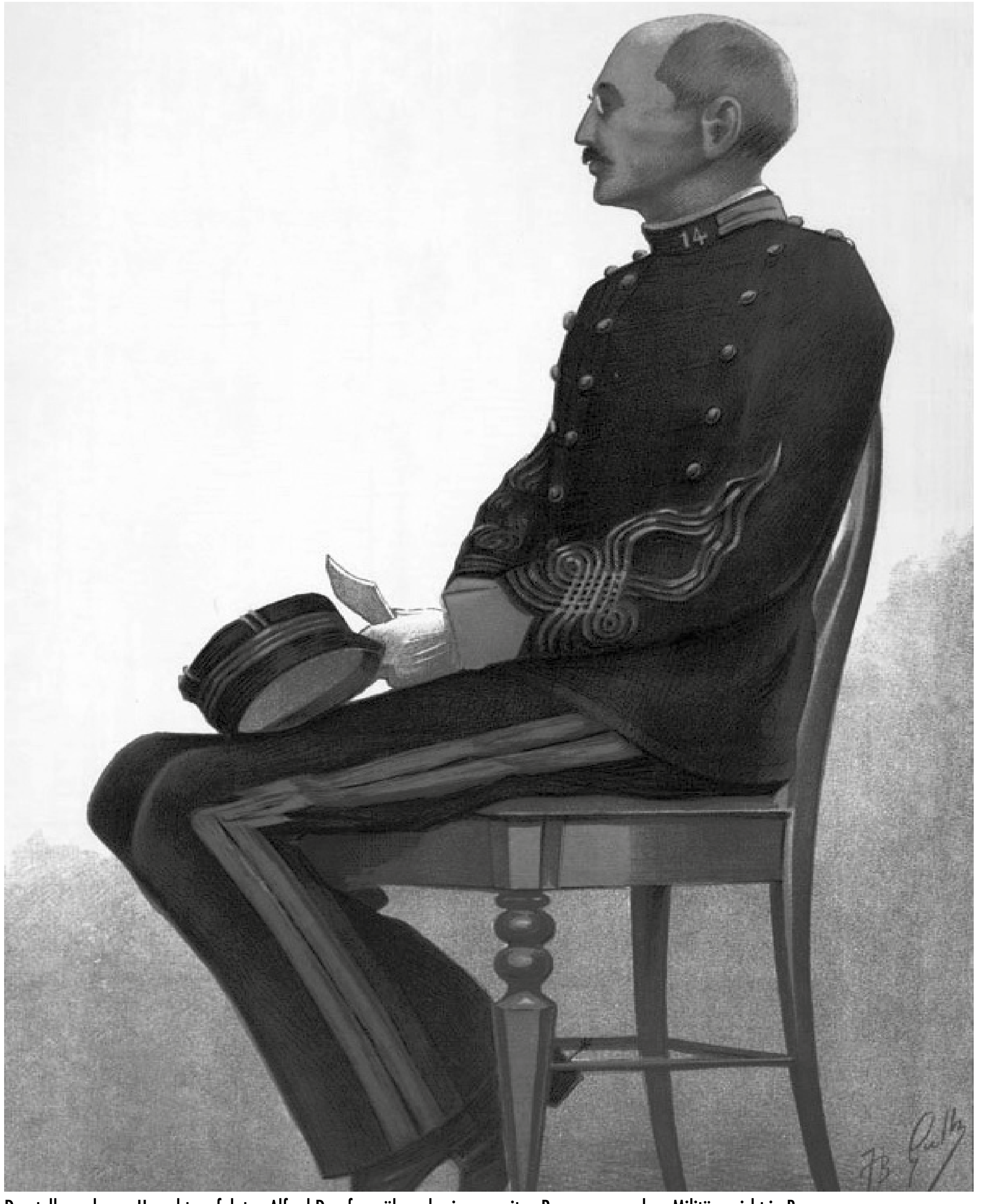
Weder als Autor noch als Figur liefert H. Anzeichen einer Relevanz, die über die Engstirnigkeit der »Wokeness« hinausreichen würde. Damit verfehlt sein Werk auch die nachsichtigste Definition von Literatur. Die Kunst von H. besteht in seiner Figur, ihrem Neurotizismus. Beide sind so schrill wie banal. Bei der Preisverleihung rasierte H. sich – selbstverständlich – in Solidarität mit den »protestierenden Frauen im Iran« auf offener Bühne den Kopf. Um solch eine Demonstration dürfte es der Jury des »Deutschen Buchpreises« gegangen sein. Die Branche wollte nichts »falsch« machen. Schon lange kämpft sie gegen ihren Niedergang und das mit wenig Erfolg. US-Konzerne haben bereits weite Teile aufgekauft und abgewrackt. Die letzten unabhängigen, wie die Holtzbrinck-Gruppe (unter anderem mit dem Rowohlt-Verlag) scheitern an ihrer Reformunfähigkeit und der Tatsache, dass sie »der Digitalisierung« wie alle anderen technischen Entwicklungen seit der Jahrtausendwende mit Überheblichkeit gegenüberstehen.

Ihre Bücher, das wissen die Deutschen Verlage, werden im Wesentlichen noch gekauft von Frauen über 40. Auch nur noch, wenn sie Krimis oder Romanzen sind. Mit den Einnahmen hieraus leisten sich die Verlage prestigeträchtige »Literatur«. Mit der möchten sie dem *juste milieu* gefallen, vor allem aber sich die weitere Alimentierung durch die Kulturpolitik sichern. Sie gingen dabei nun so weit, einen Mann auszuzeichnen, dessen einzige Kunst darin besteht, durch seinen Auftritt die Natur von Frauen zu verneinen. Ihr Kniefall vor dieser Genderideologie dürfte die Buchbranche weitere Käuferinnen kosten.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*





Darstellung des zu Unrecht verfolgten Alfred Dreyfus während seines zweiten Prozesses vor dem Militärgericht in Rennes: Zeitschrift Vanity Fair vom 7. September 1899

# »Der Baum, der dem Orkan der Beleidigungen standhielt«

**Der französische General Christian Blanchon lobte im September 2022 die Demokratiebewegung NichtOhneUns.de und weitere. DW dokumentiert den Offenen Brief vom September 2022, der an die historische Dreyfus-Affäre erinnert, in voller Länge (zu Blanchon siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe).**

*Auch wenn das Lob von Militärs gegenwärtig nur mit Vorsicht zu genießen ist und der Offene Brief des Generals arg elitär ausfällt, so beinhaltet er doch überfällige heilende Worte an alle, die sich seit 28. März 2020 unter eigenen Verlusten und mit vollem Einsatz für die Grundrechte, den Anstand, das Menschenrecht, den Nürnberger Kodex, die Kinder, die Alten und das Leben aller, auch der Verblendeten und sogar der Mittäter, einsetzen. Wir dokumentieren wie folgt.*

*»Selbst wenn ich vollständig geimpft wäre, würde ich die Ungeimpften dafür bewundern, dass sie dem größten Druck standgehalten haben, den ich je erlebt habe, auch von Ehepartnern, Eltern, Kindern, Freunden, Kollegen und Ärzten.*

*Menschen, die fähig waren zu einer solchen Charakterstärke, einem solchen Mut und einer solchen Kritikfähigkeit, verkörpern zweifellos das Beste der Menschheit. Es gibt sie überall, in allen Altersstufen, Bildungsniveaus, Ländern und Ansichten. Sie sind von besonderer Art; es sind die Soldaten, die jede Armee des Lichts (der Aufklärung) in ihren Reihen haben möchte. Sie sind die Eltern, die sich jedes Kind wünscht, und die Kinder, von denen alle Eltern träumen. Sie sind Wesen, die über dem Durchschnitt ihrer Gesellschaften stehen; sie sind die Essenz der Völker, die alle Kulturen aufgebaut und Horizonte erobert haben. Sie sind da, an deiner Seite, sie scheinen normal, aber sie sind Superhelden. Sie haben getan, was andere nicht tun konnten; sie waren der Baum, der dem Orkan der Beleidigungen, der Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung standhielt. Und sie taten es, weil sie dachten, sie seien allein und glaubten, sie seien allein.*

*Ausgeschlossen vom Weihnachtstisch ihrer Familien, haben sie noch nie etwas so Grausames erlebt. Sie verloren ihre Arbeit, gaben ihre Karrieren auf und hatten kein Geld mehr ... aber das war ihnen egal. Sie litten unter unermesslicher Diskriminierung, Denunziation, Verrat und Demütigung ... , aber sie machten weiter.*

*Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hat es ein solches »Casting« gegeben; wir wissen jetzt, wer die Widerstandskämpfer (résistants) auf dem Planeten Erde sind. Frauen, Männer, Alte, Junge, Reiche, Arme, aller Rassen und Religionen, die Ungeimpften, die Auserwählten der unsichtbaren Arche, die einzigen, die es geschafft haben, Widerstand zu leisten, als alles zusammenbrach.*

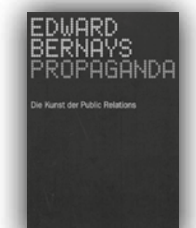
*Ihr habt eine unvorstellbare Prüfung bestanden, die viele der härtesten Marines, Kommandosoldaten, Green Berets, Astronauten und Genies nicht bestehen konnten.*

*Du bist aus dem Stoff der Größten, die je gelebt haben, jener Helden, die unter gewöhnlichen Menschen geboren wurden und in der Dunkelheit leuchten.«*

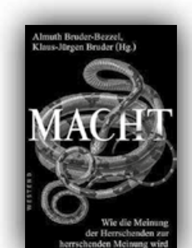
– Général Christian Blanchon (Sept. 2022, Übersetzung aus dem Französischen von *LifeSiteNews* mit Korrekturen von DW/red)

## DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Propaganda.
Edward Bernays
Orange Press
978-3-936086-35-5



Macht. Wie die Meinung der Herrschenden zur herrschenden Meinung wird.
Amuth Bruder-Bezzel, Klaus-Jürgen Bruder (Hgg.)
Westend, 978-3-86489-110-6



Corona. Inszenierung einer Krise
Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745-5-3



Ausnahmezustand
Giorgio Agamben
Suhrkamp
978-3-518-12366-9



Die Seele des Menschen im Sozialismus
Oscar Wilde
Vorwort: Anselm Lenz
Nautilus
978-3-96054-041-0



Endspiel Europa. Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist...
Ulrike Guérot, Hauke Ritz
Westend
9783864893902



Der Aufmarsch. Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen
Jörg Kronauer
Papyrossa
9783894387785



Wie konnte es nur so weit kommen?
Gunnar Kaiser (Hrsg.)
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745-3-9



Generation beleidigt
Caroline Fourest. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Vom wachsenden Einfluss linker Identitärer. Eine Kritik
Edition Tiamat
978-3-89320-266-9



Der Fall Ken Jebsen oder Wie Journalismus im Netz seine Unabhängigkeit zurückgewinnen kann
Mathias Bröckers
Fiftyfifty
9783946778011

# SCHWARZMALER GESTORBEN

*Niemand malte so schwarz wie er. Pierre Soulages ist am 25. Oktober in Nîmes gestorben.*

Er war einer der konsequentesten Vertreter neuer Kunst, sagte den figurativ-gegenständlichen Epochen ab und bildete doch den Gegenpunkt zum amerikanischen abstrakten Expressionismus etwa eines Jackson Pollock mit dessen bunten Tropfbildern. Pierre Soulages, geboren am Weihnachtsabend 1919 in Okzitanien, Südfrankreich, malte einfach alles schwarz. Zunächst dunkle Kalligraphien, schließlich nur noch schwarze Leinwände in allen Varianten. Er nannte das »Outre-noir«, also etwa »jenseits des Schwarz«, malte nicht mit Pinseln, sondern mit Balken, Bürsten und Gummistücken, um immer neue Schichten und Reliefs aufzutragen. Dabei galt Soulages keinesfalls als traurig oder gar defätistisch. Die Bilder geben keinen Gemütszustand wieder. Das Kunstwerk entsteht im schwachen Restlicht und der Textur aus verschiedenen Blickwinkeln. Soulages' Kunst ist nicht nur aus der Geschichte der Darstellungsformen des 19. und 20. Jahrhunderts zu begreifen, so gestaltete er etwa auch die Fenster der Klosterkirche Sainte-Foy in Conques. Soulages wurde fast 103 Jahre alt. Bereits 2014 war in seiner Heimatstadt Rodez ein eigenes Soulages-Museum eröffnet worden. (Anselm Lenz)

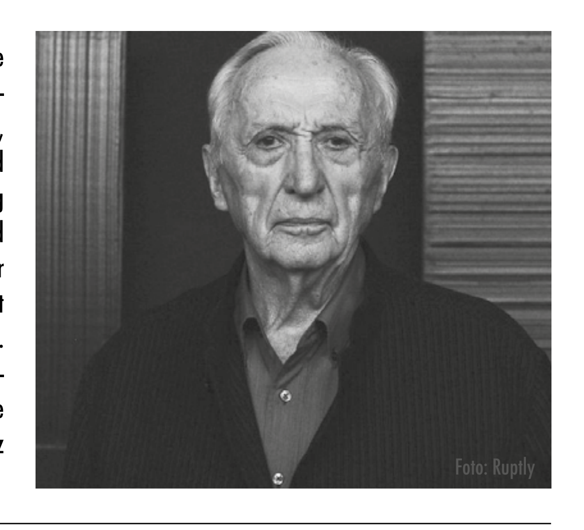


Foto: Ruptly

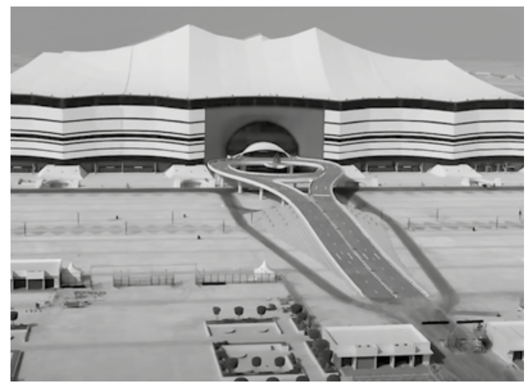


# SPORT MIT BERTHOLD

## FUSSBALL-WM: KATAR EINE FAIRE CHANCE GEBEN!

**Zum ersten Mal findet eine Fußballweltmeisterschaft im Nahen Osten statt. Im Vorfeld gibt es nur negative Berichte aus Deutschland. Ich meine: Wir sollten dem Ausrichterland Katar eine Chance geben – und besonders aus Deutschland nicht den Gutmenschen spielen!**

Es werden Menschenrechte und Arbeitsbedingungen in dem Land angeprangert. Doch wenn wir uns das Coronaregime anschauen und die Zensur der Kriegsberichterstattung: Welche Rechte gelten eigentlich noch in Deutschland?! Erst einmal an die eigene Nase fassen! Auch vor der WM in Russland gab es viel Kritik. Ich war das gesamte Turnier über vor Ort und kann nur bestätigen, dass es eine fantastische WM war! Die Russen waren wunderbare Gastgeber.



Ort des Eröffnungsspiels: Das Al-Bayt-Stadion in der katarischen Wüsten- und Küstenstadt am Persischen Golf Al Khor fasst 60.000 Zuschauer und wurde einem nomadischen Zelt nachempfunden.
Foto: Bildschirmfoto/Odyssee

In Katar fallen die Reisestrapazen für die Mannschaften weg, da in dem kleinen Land alles mehr oder weniger in einer Stunde erreichbar ist. Veränderungen finden nur statt, wenn es zu einem Dialog mit den Entscheidungsträgern vor Ort kommt und eine Vertrauensbasis entsteht. Der Fußball hat diese verbindende Kraft, unabhängig von Glauben, Kultur und Hautfarbe. Zur Qualität des Turniers: Die Spieler sind Ende November, Mitte Dezember auf jeden Fall in einer besseren Verfassung, als nach einer ganzen Ligasaison bei einem Sommerturnier ab Ende Mai. Entsprechend wird auch die Trainingsbelastung eine andere sein.

Kurzer Nexus zur Politik: Herr Habeck hat sich eine schöne Abfuhr in Katar geholt. Kein Gas, außer Spesen nichts gewesen. Ist vielleicht nicht gut bei dem Emir angekommen, die permanente Maßregelung aus Deutschland? – Nun wieder zum Fußball. Der DFB ist gut beraten, sich nur auf den Sport zu konzentrieren – gerade nach der letzten Katastrophen-WM 2018 mit dem Ausscheiden in der Vorrunde. Es gibt keinen Verband auf der Welt, der so viel Logistik, *Manpower* und Kosten produziert wie der DFB. Zum Vergleich: Die offizielle Akkreditierung des DFB zur WM in Russland lag bei 118 Personen. Danach kam Brasilien mit einer Delegation von 60 Personen... – Die Weltmeisterschaft in Qvvatar beginnt am Sonntag, 20. November 2022, mit dem Auftaktspiel des Gastgebers gegen Ecuador. Anpfiff ist um 17 Uhr (deutscher Zeit) im Al-Bayt-Stadion. Ich werde für den DW aus Katar berichten!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

DIE GROSSEN HÖREN AUF ZU HERRSCHEN, WENN DIE KLEINEN AUFHÖREN ZU KRIECHEN.
FRIEDRICH SCHILLER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Impressum | Wochenzeitung** «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 110. Ausgabe ab Samstag, 29. Oktober 2022. | Redaktionsschluss war am 27. Oktober | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

**Chefredakteur:** Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **CvD:** Burak Erbasi. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Österreichkorrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Wolfgang Greulich, Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.



Die kommende Ausgabe DW 111 erscheint am 12. November 2022.